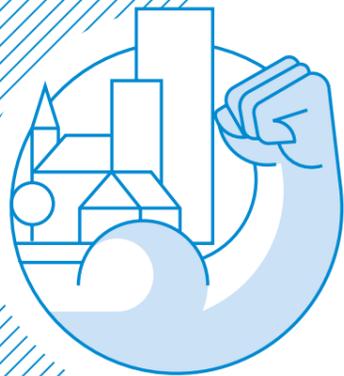


Nichts
passiert,
wenn es
nicht
vor Ort
geschieht.

- 4 Prolog
- 6 Die klimaneutrale Kommune
- 20 Die leistungstarke Kommune
- 34 Die lebenswerte Kommune
- 46 Die kommunalen Unternehmen –
Zahlen & Fakten



klimaneutral



leistungsstark



lebenswert

Das Wesentliche in drei Worten. Der Anspruch für unsere Daseinsvorsorge heute und morgen.

Wir präsentieren Ihnen drei unterschiedliche Perspektiven auf die Welt von 2030 aus Sicht der Kommunalwirtschaft. Wir machen Vorschläge für Antworten auf die Fragen von morgen: Wie wir den Wandel zugunsten aller gestalten möchten, was unser Beitrag dazu ist und welche Rahmenbedingungen wir hierfür (zukünftig) benötigen. Und zwar für die klimaneutrale, leistungsstarke und lebenswerte Kommune.

2030 ist das Jahr auf welches aktuell viele politische Ziele und Pfade ausgerichtet sind. Für uns mehr als ein symbolisches Datum: Denn es geht uns um das Jahr 2030 und darüber hinaus. Dafür werden in der kommenden Wahlperiode und den folgenden Jahren – kurzum: in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts – die maßgeblichen Entscheidungen getroffen. Nutzen wir diese Zeit klug und handeln vorausschauend.

Keine der drei Perspektiven erhebt Anspruch auf Vollständigkeit. Jede beschreibt einen Ausschnitt der Welt von morgen: Sie stehen für die Vielfalt und Potenziale in unserem Land, vielleicht sogar für individuelle Lebenskonzepte, und selbstverständlich miteinander in Wechselwirkung. Eines haben die drei Perspektiven gemeinsam: Sie stellen Menschen in den Mittelpunkt und richten die Daseinsvorsorge auf sie aus. Dafür stehen wir.

Wir laden Sie ein, mit uns in die Kommunalwirtschaft von morgen einzutauchen und den Dialog mit uns zu beginnen. Zur kommenden Bundestagswahl 2021 und darüber hinaus. Welche Positionen und Forderungen genau auf diese Stärken einzahlen und welche Rahmenbedingungen entscheidend für die Umsetzung und das Gelingen sind, haben wir Ihnen im Anschluss kompakt zusammengestellt. Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen.

Herzlichst

Michael Ebling
Präsident

Ingbert Liebing
Hauptgeschäftsführer

Wie bringen wir die Energiewende so voran, dass das Klima geschützt wird und Strom sicher und bezahlbar bleibt? Wie machen wir Kilometer beim Glasfaserausbau, damit auch die Milchkanne und der Hidden Champion im ländlichen Raum Anschluss ans schnelle Internet haben? Wie sorgen wir dafür, dass Trinkwasser auch bei Dürren immer und überall aus dem Hahn kommt und Abwasser nachhaltig entsorgt wird? Wie schonen wir Ressourcen, vermeiden Abfall und nutzen mehr recyceltes Material? Und wie sichern wir unseren Wohlstand – nicht nur über die vier Jahre der nächsten Legislaturperiode, sondern für die nachfolgenden Generationen?

Indem Politik gute Rahmenbedingungen für die Daseinsvorsorge der kommunalen Unternehmen mit ihren Leistungen und Infrastrukturen setzt. Sie versorgen das Land zuverlässig mit Strom, Wärme, Wasser und schnellem Internet und entsorgen Abfall und Abwasser sicher. Das schätzen auch die Menschen: 73 Prozent haben großes oder sehr großes Vertrauen in ihre kommunalen Unternehmen. Grund ist die verlässliche Leistungserbringung: Vertrauen gewinnt man nicht, wir erarbeiten es uns Tag für Tag. Und unsere kommunale Eigentümerschaft: Vor Ort verankert und dem Gemeinwohl verpflichtet denken wir nicht in Quartalsabschlüssen, sondern in Generationen. Unsere Leistungen der Daseinsvorsorge sind auch in Krisen sicher und bezahlbar, immer und überall. So sorgen wir für gleichwertige Lebensverhältnisse und für den Schutz unserer aller Gesundheit durch kontinuierlich weiterentwickelte, hohe Hygienestandards in Stadt und Land, für sozialen Zusammenhalt und Teilhabe sowie einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort. Damit bilden wir mit den Kommunen das tragfähige Fundament für unser Land. Mit unserer Expertise entwickeln wir kontinuierlich Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit. Ziel ist, unser Land fit für die Herausforderungen des Klimawandels, der Digitalisierung und des demografischen Wandels zu machen. Und auch in Krisenzeiten sind wir zu jeder Zeit ein Stabilitätsanker.



Unser Beitrag zur klimaneutralen Kommune: Klimaschutz



Die Bewältigung der Corona-Pandemie überragt alles. Auch Klimaschutz ist ein zentrales Thema der nächsten Jahre und beeinflusst die politische Agenda. Kräftig Schub geben das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 inklusive ambitionierter Zwischenziele und die neue US-Administration. Die Kommunalwirtschaft leistet einen maßgeblichen Beitrag zu den europäischen und deutschen Klimazielen 2030 und darüber hinaus. Sektorenübergreifende Strategien für die klimaneutralen Kommunen entwickeln und umsetzen: Das ist unser Anspruch.



Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien in jeder Steckdose und Heizung

Windkraft-Parks und Solaranlagen auf Dächern, vielfach auch begrünt, versorgen uns mit Strom aus erneuerbaren Energien. Grüne Fernwärme heizt in den Städten unsere Wohnungen, Häuser und Schulen im Winter. Geothermie- und Mieterstromprojekte haben Hochlauf. Auch klimaneutrales Gas aus großen Klärwerken ist als Teil der Sektorenkopplung in die lokalen Konzepte zur Energieversorgung eingebunden. Die Stromversorgung ist sicher und alle E-Autos können laden: Denn die kommunalen Verteilnetzbetreiber haben genug Kapazitäten in ihrem Netz aufgebaut und nutzen flexible und intelligente Steuerung.

Das dient dem Umgang mit Engpässen im Netz, kommt aber auch dem Kunden zugute: etwa um einen möglichst günstigen Tarifzeitpunkt zum Laden seines E-Autos auszuwählen oder Strom aus der Batterie ins Netz zu speisen, mit Vorteilen für das Stromsystem und den Geldbeutel. Insgesamt nutzen wir Energie deutlich effizienter, kommunale Unternehmen beraten dazu.

Kluge Konzepte, Elektromobilität und Wasserstoff für die Verkehrswende

Individualverkehr und ÖPNV sind dank intelligenter Konzepte noch mehr miteinander verzahnt: Wir planen unsere Mobilität intelligent und vernetzt. Ruf-Busse und Car-Sharing erleichtern das Pendeln vom Land in die Stadt. Die Funktion von Auto-

bahn-Drehkreuzen übernehmen jetzt vermehrt Mobilitätshubs an Bahnhöfen oder am Innenstadtrand. Dort können alle ihre Räder und ihre E-Autos parken, um die letzte Strecke mit der U-Bahn oder Elektro- oder Wasserstoffbussen zurückzulegen. Staus sind wegen intelligenter Verkehrssteuerung selten, Waren und Güter kommen schneller zum Kunden, vielfach auf neuen und klimaschonenden Wegen. Das spart Kosten, Zeit und Nerven – und vor allem CO₂. Gleiches gilt für die intelligenten Sensoren in Abfalleimern. Sie signalisieren, wenn die Behälter geleert werden müssen. Gerade auf dem Land spart dies unnötige Leerfahrten und CO₂.

Mission Klima-Anpassung geglückt: Grüne Städte, blaue Speicher

Ansicht und Architektur der Städte haben sich sichtbar verändert: begrünte Hausfassaden und Dächer statt grauer Häuserschluchten, blau glitzernde Regenauffangbecken statt grauem Asphalt. Sie binden klimaschädliches CO₂, kühlen unsere Städte in der Hochsommerglut und saugen Starkregen auf wie ein Schwamm. Auch auf dem Land nutzen wir natürliche Wasserspeicher und sorgen für den Rückhalt des Wassers in der Landschaft. Der Klima-Anpassungsmanager koordiniert mit Umsicht das kommunale Klima-Anpassungsprogramm.

Aus jedem Hahn fließt Trinkwasser bester Qualität – immer und überall, auch in Regionen, die in den letzten Jahren bei Dürren unter Engpässen litten. Abwasser bereiten wir gewohnt sorgfältig auf – nur beispielweise klimafreundlicher mit Ozon, das aus dem Nebenprodukt Sauerstoff der nahen Elektrolyse-Anlage für

Wasserstoff entsteht. Insgesamt übersteigt die Energie, die bei der Abwasserentsorgung gewonnen wird, den Bedarf für den Betrieb der Anlagen und Abwassernetze. Kurzum: Wir werden klimaneutral, weil wir alle Bereiche des kommunalen Betriebssystems auf Klimaschutz ausrichten.

Geschlossene Kreisläufe, Ressourcen klug genutzt

Die Straßen sind sauberer, wir wirtschaften nachhaltiger: Abfallvermeidung ist alltäglich. Statt fossiler Rohstoffe nutzen wir recyceltes Material für neue Produkte und Verpackungen. Diese Sekundärrohstoffe helfen uns, Ressourcen zu schonen und CO₂ zu sparen. Herstellerverantwortung wird im besten Sinne gelebt: Spurenstoffeinträge in Gewässer werden frühzeitig verhindert, Produkte werden recycelbar und langlebig gestaltet und bestehen zu einem vorgegebenen Mindestanteil aus recycelten Stoffen. Auch Phosphor aus Klärschlamm der Abwasserbehandlung wird in den Kreislauf zurückgeführt und in Landwirtschaft und Industrie eingesetzt. Aus dem verbleibenden Abfall machen wir das Beste: Die Müllheizkraftwerke verwerten den nicht-recycelbaren Restmüll zu Strom, Wärme und Wasserstoff.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit gelingen nur mit dem Quartiersansatz vor Ort

All das ist möglich, weil wir die örtlichen Potenziale in den Kommunen optimal nutzen. Ob Energieversorgung, Wasserver- und Abwasserentsorgung oder Abfallmanagement: Wir setzen nicht an einzelnen Gebäuden, sondern an Quartieren an. Denn die Klimaziele erreichen wir nur, wenn uns die Energie-, Wärme- und Verkehrswende in jeder Stadt und in jedem Dorf gelingen. Trinkwasser in höchster Qualität für alle erhalten wir nur, wenn wir die Wasserressourcen, aus denen es gewonnen



wird, vor Ort schützen. Dafür müssen wir zusammenarbeiten, um die Ressourcen intelligent zu managen. Den Kampf gegen Plastik in den Meeren, in den Gewässern und auf den Straßen gewinnen wir nur, wenn wir vor Ort die Kreisläufe schließen und Ressourcen erneut nutzen.

Ob Brüssels Ziele und Berlins Ambitionen eher Luftschlöser bleiben oder spürbare Wirkung entfalten, entscheidet sich immer in der Umsetzung vor Ort in den Kommunen. Denn das Ressourcen-Angebot – vom Grundwasser für die Trinkwassergewinnung bis zu Geothermie-Quellen oder Standorten für Windparks für die Energieversorgung – ist von Ort zu Ort unterschiedlich verteilt. Ebenso vielfältig ist die Struktur der Nachfrage: Es macht einen Unterschied, ob dünn besiedelte ländliche Räume, Industrie- und Gewerbegebiete oder eine Großstadt zu versorgen sind. Klima- und Nachhaltigkeitsziele erreichen wir daher nur, wenn wir Ressourcen und Nachfrage vor Ort in den Kommunen optimal aufeinander abstimmen.



Unser Beitrag: Wie kommunale Unternehmen heute schon den Klimaschutz voranbringen

Wir bauen erneuerbare Energien aus. 95 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien werden in unsere lokalen Stromverteilnetze vor Ort eingespeist, um Wohnungen und Produktionsstätten zu versorgen. Wir gehen auf Nummer sicher und setzen auf Kraft-Wärme-Systeme und Wasserstoffspeicher: Damit Strom wie gewohnt aus der Steckdose kommt und die Heizung läuft – selbst wenn wir aus der Kohle aussteigen, der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Über die Hälfte der öffentlichen Ladepunkte für Elektroautos stammt aus unserer Hand und auch die Wärmewende in den Quartieren treiben wir voran.

Wir wissen: Für Klimaschutz müssen wir ganzheitlich denken und einst getrennte Sektoren miteinander koppeln. Und immer und überall versorgen wir Menschen und Wirtschaft mit sauberem Wasser, dessen Ressourcen wir vor Ort schützen. Klärschlamm wird meist verbrannt und bietet eine weitere Energiequelle. Beim schnellen Internet setzen wir auf moderne Glasfasernetze, deren CO₂-Bilanz deutlich besser als die von Kupfer- oder Kabelnetzen ist. Einen überproportionalen Beitrag zum Klimaschutz hat die kommunale Abfallwirtschaft geleistet, indem sie die Deponierung von Restabfällen beendet hat.

Was wir für klimaneutrale Kommunen brauchen

Die eine Lösung auf dem Pfad zu den Klimazielen gibt es nicht. Aber: Es gibt für alle einen Weg zur klimaneutralen Kommune.

Dazu brauchen wir:

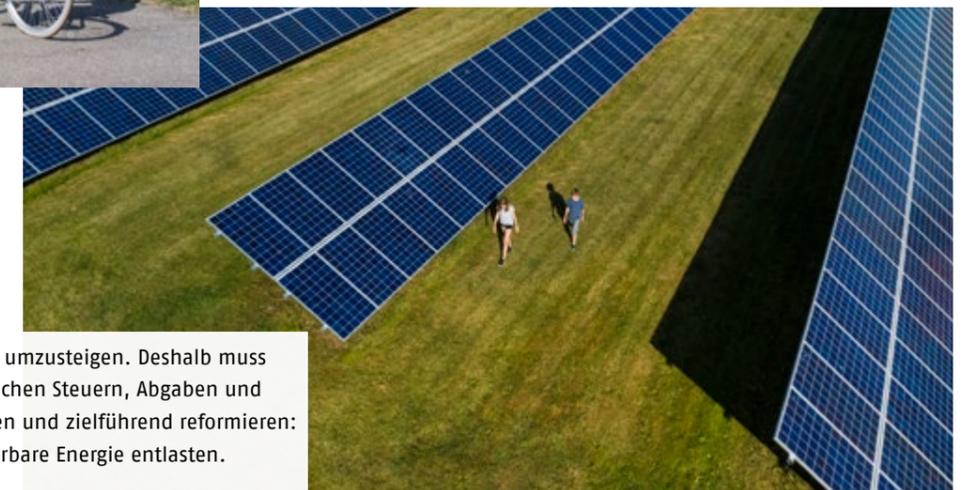
Einen europäischen Rahmen mit Maßnahmen, die vor Ort greifen: Der europäische Grüne Deal muss Klima- und umweltbedingte Herausforderungen ganzheitlich angehen

Mit dem europäischen Grünen Deal hat die EU-Kommission einen übergeordneten Rahmen für die klimaneutrale Kommune der Zukunft gesetzt. Der Deal denkt Klimaschutz, Klimaanpassung und Umweltschutz zusammen und macht sie zur Richtschnur künftiger EU-Politik. Wichtig ist, die kommunale Ebene stärker zu berücksichtigen, denn Klimaschutz findet vor Ort statt. Ambitionierte Klimaziele brauchen immer einen europäischen und einen nationalen Rahmen mit Praxisbezug und kommunaler Erdung: Künftig müssen die Ebenen der EU, Mitgliedstaaten und Kommunen enger verzahnt werden. Auch, um Klimaschutz und Versorgungssicherheit unter einen Hut zu bringen, schließlich sind Wirtschafts- und Versorgungsstrukturen in der EU unterschiedlich.

Strom muss günstiger werden: Reform der Abgaben und Umlagen überfällig

Ein Blick auf die Stromrechnung genügt. Wenn wir die Klimaziele und eine bezahlbare Energieversorgung erreichen wollen, muss Strom günstiger werden. Kein Energieträger ist stärker belastet: Die Hälfte des Strompreises machen aktuell Steuern, Abgaben und Umlagen aus.

Wir brauchen eine andere Verteilung der Kosten der Energiewende, die bisher noch weitgehend über den Strompreis finanziert wird. Solange wir hier nicht vorankommen, bleibt es dabei: Die Summe aller staatlich festgelegten Bestandteile schraubt den Strompreis in die Höhe und deutsche Strompreise an die Spitze in Europa. Die Folge: So ist grüner Strom gegenüber fossilen Energieträgern nicht konkurrenzfähig. Es fehlt der Anreiz, von fossilen Energieträgern auf klimafreundli-



chen Strom und Technologien umzusteigen. Deshalb muss die Bundesregierung alle staatlichen Steuern, Abgaben und Umlagen im Energiesektor prüfen und zielführend reformieren: fossile Energie belasten, erneuerbare Energie entlasten.

Dabei ist klar: Die Energiewende ist nicht umsonst. Wir müssen nicht nur erneuerbare Erzeugung ausbauen, sondern vor allem auch die Netze ausbauen und modernisieren. Denn ob Wind- oder Solaranlage, ob Industriekonzern oder Reihenhaus: Das Stromnetz verbindet Erzeugungsanlagen und Verbraucher, gleicht Angebot und Nachfrage aus. Kurzum: ohne Netz kein Strom. Die Stromleitungen in der Erde und die intelligente Netzsteuerung sind Garanten für die sichere Energieversorgung und fester Bestandteil der Energie-Infrastruktur – entsprechend gibt es keine Spielräume für Preissenkungen bei den Netzentgelten. Wir brauchen stabile Rahmenbedingungen für die Verteilnetzbetreiber.

Wir müssen dort ansetzen, wo CO₂-Emissionen durch erneuerbare Energieträger und Technologien verringert werden können. Der CO₂-Preis ist dafür ein gutes Instrument. Damit er wirkt, brauchen wir eine ganzheitliche Perspektive auf alle Sektoren, um Wechselwirkungen zu berücksichtigen. Der Preis für CO₂-Emissionen, die bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe, etwa

Steuern, Abgaben und Umlagen reformieren:

erneuerbare Energien entlasten

im Verkehr und in Gebäuden, entstehen, reicht aber allein nicht, um auf emissionsärmere Technologien wie erneuerbaren Strom oder Wasserstoff umzulenken.

Kosten- und Preisstrukturen im Energiesektor sind entscheidend für die Nutzung emissionsarmer oder -freier Energiequellen und Technologien in allen Sektoren. Daher muss das nationale Emissionshandelssystem (nEHS) perspektivisch in eine grundlegende Reform eingebettet werden: Wir brauchen neben dem Zuschuss aus dem Bundeshaushalt weitere Entlastungen für die Stromverbraucher nicht nur bei der EEG-Umlage, sondern bei allen staatlich veranlassten Preisbestandteilen. Hingegen gibt es Bereiche, wo es nicht möglich ist, CO₂ zu vermeiden: Ein CO₂-Preis auf die thermische Behandlung von Siedlungsabfällen geht am Ziel des Klimaschutzes vorbei und belastet Bürgerinnen und Bürger mit massiv steigenden Abfallgebühren. Sinnvoller wäre, das nationale Emissionshandelssystem perspektivisch in ein gemeinsames europäisches System einzubetten. Denn für effektiven Klimaschutz brauchen wir einen verlässlichen energiepolitischen Rahmen, der langfristige Planungs- und Investitionssicherheit ermöglicht.



Das gelingt mit dem sogenannten Quartiersansatz, der Gebäude (und sei es nur ein einzelnes) und Energieversorgung zusammen denkt. Konkret müssen wir für die Solarwende an den Quartieren in den Kommunen ansetzen, wo wir künftig alle Dächer für die Versorgung einbeziehen sollten. Alle Dachflächen müssen genutzt werden, entweder für PV-Anlagen oder für Begrünung. Neben Wohnhäusern bergen auch Flächen von Industrie- und Gewerbebetrieben noch Potenzial, die bisher nicht ihre gesamte Dachfläche nutzen können. Eine sichere Versorgung aus Solarenergie braucht Speicher, deshalb sollten ergänzend in jedem Quartier Energiespeicher gebaut werden. Diese Lösung wird bisher durch hohe Abgaben und Umlagen ausgebremst. Auch beim Mieterstrom gibt es einen zusätzlichen wirtschaftlichen Hebel, um mehr Flächen für die Solarenergie zu gewinnen: Mieterstrom sollte wirtschaftlich mit dem selbstgenutzten Eigentümerstrom gleichgestellt werden. Das ist bisher nicht der Fall. Jeder, auf dessen Dach Strom aus erneuerbaren Energien produziert wird, sollte profitieren, egal ob Eigentümer, Vermieter oder Mieter.

• **Windwende auf dem Land: Akzeptanz stärken**

Windenergie ist zentral für die Energiewende, kämpft jedoch um Akzeptanz. In der Praxis wird der Ausbau eher dann akzeptiert, wenn kommunale Akteure und Bürgerinnen und Bürger frühzeitig beteiligt und finanziell eingebunden werden und transparent ist, wie die Windenergie sich konkret vor

Klimaziele und Energiewende stehen und fallen mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien in den Kommunen

Klimaziele und Energiewende stehen und fallen mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien vor Ort, deshalb brauchen wir einen verlässlichen und tragfähigen Investitionsrahmen. In der Praxis wird der Ausbau – insbesondere bei der Windenergie – oft ausgebremst, zum Beispiel durch Teile der Plan- und Genehmigungsverfahren oder Aspekte des Natur- und Artenschutzes. Vor allem in diesen Bereichen sollte Politik mit Augenmaß die Investitionsbremsen lockern. Für den größten Schub beim Ausbau der erneuerbaren Energien müsste sie vor allem an zwei Stellschrauben drehen, die die Besonderheiten der Städte und des ländlichen Raums berücksichtigen:

• **Solarwende in der Stadt: PV-Anlagen auf jedes Dach, Stromspeicher in jedes Quartier**

Im ländlichen Raum sind auf vielen Eigenheimen bereits Solaranlagen installiert, in den Städten schlummert auf den Dächern der Mietshäuser noch viel Potenzial. Beim Solarausbau zählt jede Fläche, jedes Dach in der Nähe der Verbraucher. Wir müssen alles tun, um dieses urbane Solarwende-Potenzial zu heben.



Für den notwendigen Aus- und Umbau der

Wärme- netze

brauchen kommunale Unternehmen angemessene Förderung und langfristige Planungs- und Investitionssicherheit.

Ort auszahlt. Nutzen schafft Akzeptanz. Alte Windenergieanlagen sollten modernisiert werden. Die Vorteile dieses Re-Powerings: Es schont Ressourcen und Platz und durch die gesteigerte Leistungsfähigkeit der Anlagen gewinnen wir mehr Strom aus erneuerbaren Energien für den Klimaschutz. Dafür muss das Genehmigungsrecht vereinfacht werden.

Zudem sollten bestehende Ansätze zur Kommunalbeteiligung ausgebaut und Regelungen zu Bürgerenergieprojekten verbessert werden. Mittler sind kommunale Unternehmen. Auch sollten Hindernisse bei der Grünstromvermarktung abgebaut werden: Wird der Nutzen von erneuerbaren Energien sichtbar, stärkt das die Akzeptanz – z. B. wenn der Verbraucher weiß, dass der Strom vom Windrad nebenan kommt.

Warm, klimaneutral und bezahlbar:

Wie die Wärmewende gelingt

Eine gewaltige Baustelle beim Klimaschutz ist der Gebäudesektor. Die wichtigste Maßnahme – neben der Sanierung des Gebäudes selbst, bei der allerdings auch der Aufwand für die Sanierung mit betrachtet werden muss – ist die Versorgung mit klimaneutraler Wärme aus erneuerbaren Energien. Das gilt besonders für Bestandsgebäude in Innenstädten, die nicht auf Passivhausstandard saniert werden können. Für die Wärme-

wende müssen wir den Blick verstärkt auf die Quartiere richten: Energiequellen und Infrastrukturen unterscheiden sich von Ort zu Ort, ebenso wie die Nachfrage. Das erfordert eine maßgeschneiderte kommunale Wärmeplanung, die gestärkt und flächendeckend ausgerollt werden muss. Zudem brauchen kommunale Unternehmen angemessene Förderung und langfristige Planungs- und Investitionssicherheit für den notwendigen Aus- und Umbau der Wärmenetze. Dies betrifft den Ausbau der Erzeugungsanlagen: von Solar- und Geothermieanlagen, über Großwärmepumpen oder Abwärme aus Müllverbrennung, Abwasser und Industrie bis zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) für die kältesten Tage, die am Ende mit Wasserstoff befeuert werden kann. Für Klimaschutz und Versorgungssicherheit bei Strom und Wärme müssen wir deshalb die Potenziale der KWK noch deutlicher besser ausschöpfen. Und auch den Aus- und Umbau der Gasnetze forcieren: Sie müssen perspektivisch für Wasserstoff ertüchtigt werden, der zu einer wichtigen Säule der erneuerbaren Wärmeversorgung werden kann. Zugleich müssen Strukturen der Kraft-Wärme-Kopplung ausgebaut werden. Diese Maßnahmen müssen mit der energetischen Sanierung und Wärmeeffizienzkonzepten verzahnt werden, um die Wärmewende auch auf der Nachfrageseite voranzubringen: Je energieeffizienter die Gebäudehülle, desto geringer fällt der Temperaturbedarf der Kunden aus. In der Folge können wir auch alternative Quellen wie Abwärme besser für die Wärmeversorgung nutzen. Hierfür braucht es kluge Konzepte.

95%

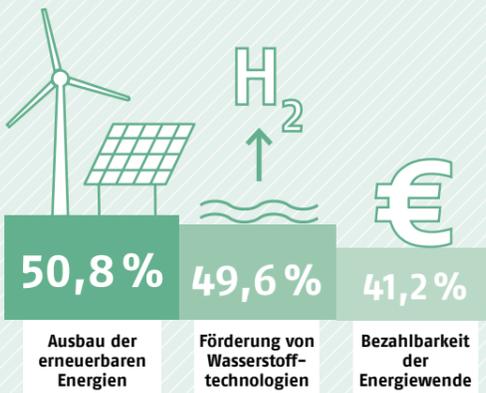
des Stroms aus erneuerbaren Energien werden in unsere lokalen Stromverteilnetze vor Ort eingespeist.

Kommunale Unternehmen treiben die Mobilitätswende voran. Mehr als die Hälfte der öffentlichen Ladepunkte sind in kommunaler Hand: absolute Anzahl der Lademöglichkeiten über

18.500

Quelle: Bundesnetzagentur: Ladesäulenkarte (Q1/2021)

Wenn Verbraucherinnen und Verbraucher direkt entscheiden könnten: Wo Bund und Länder im kommenden Jahr beim Thema Klimaschutz ihre Schwerpunkte setzen sollten.



Top-3-Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsunternehmens Civey im Auftrag des VKU, 2020

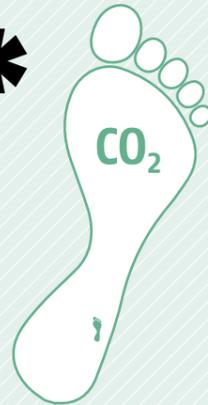
76%

ihrer CO₂-Emissionen hat die kommunale Abfallwirtschaft seit 1990 eingespart. Damit ist sie der Hidden Champion des Klimaschutzes.

Quelle: eigene Berechnung aus UBA: Treibhausgas-Bilanz (2020) und Prognos/Info: Statusbericht der deutschen Kreislaufwirtschaft (2020)

580*

Mal kleiner ist der CO₂-Fußabdruck** von Leitungswasser im Vergleich zu Flaschenwasser.



* gerundet
** CO₂-Äquivalente pro Liter: Leitungswasser 0,35 Gramm, Flaschenwasser 202,74 Gramm. Quelle: GutCert: Vergleich des CO₂-Fußabdrucks von Mineral- und Trinkwasser, 2020

Aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher könnten sich diese Themen negativ auf die Trinkwasserressourcen und -versorgung auswirken:

Quelle: TWIS-Studie des Instituts für empirische Sozial- und Kommunikationsforschung, 2020



Einer lautet: Die Energieeffizienz muss in allen Bereichen gesteigert werden. Denn sie ist ein zentrales Werkzeug, um den Anstieg des Strombedarfs zu begrenzen, der in Folge der Energiewende mit Elektromobilität, Sektorenkopplung und Wasserstoff sowie der fortschreitenden Digitalisierung, beispielsweise durch Rechenzentren, zu erwarten ist. An dieses komplexe Thema und die unterschiedlichen Hebel muss mit Beratungskompetenz und mit der richtigen Rechtskulis herangeführt werden, um die vielfältigen Vorteile von Effizienzmaßnahmen als weiteren Baustein für kommunale Wertschöpfung zu begreifen. Kommunale Unternehmen sind kompetente Energieeffizienzdienstleister, nah an den Kunden und damit die richtigen Partner für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger.

Insgesamt braucht es ausgewogene Wettbewerbsbedingungen, um Energieeffizienz etwa im Stromsektor in einem marktgetriebenen Ansatz voranzubringen. Einsparverpflichtungen sind das falsche Instrument. Zugleich sollten Anreize gesetzt werden, um den Netzwerkgedanken (weiter) zu entwickeln und die bestehenden Energieeffizienznetzwerke mit anderen in der Kommune bestehenden Angeboten und Netzwerken zu verknüpfen. Vor Ort Kompetenz zu stärken, ist der richtige Hebel: Daher sollen alle kommunalen Energieversorger als Anbieter und Nachfrager für relevante Effizienzförderprogramme zugelassen werden, es darf keine Diskriminierung geben.

Auch kommunale Wasserversorger und Abwasserentsorger nutzen Energiepotenziale und setzen damit auf Energieeffizienz: Immer höhere Qualitätsanforderungen an die Wasseraufbereitung steigern aber den Energiebedarf ihrer Anlagen und Systeme. Deswegen erzeugen und nutzen sie unter anderem Klärgas, um fossile Energieträger zu ersetzen. Auch bei den Pumpen und Anlagen der kommunalen Wasserwirtschaft werden Effizienzpotenziale gehoben. Damit leisten sie ihren Beitrag zum Klimaschutz, verhindern Gebührensteigerungen und entlasten die kommunalen Haushalte. Wachsende Abgabepflichten im Energie- und Steuerrecht können jedoch Investitionen in weitere Energieeffizienzprojekte hindern oder gar zum Stopp führen. Künftig sollten Anforderung des Energie- und

Innovation für Klimaneutralität: Wasserstoff vor Ort

Manchmal ist Strom keine Alternative, sondern klimaneutraler Wasserstoff. Die Debatte kreist noch um Einsatzfelder, viele kommunale Unternehmen setzen Wasserstoff bereits ein: beige-mischt in der Gasversorgung, als Antrieb für Brennstoffzellen-Busse oder als Energie für die mittelständische Industrie vor Ort. Das ist möglich, da kommunale Unternehmen bereits die nötigen Infrastrukturen haben. Zudem lassen sich durch regionale Ansätze zahlreiche Synergien heben – so kann der bei der Elektrolyse aus erneuerbaren Energien vor Ort gleichzeitig entstehende Sauerstoff im Belüftungsbecken der kommunalen Kläranlage eingesetzt werden und über die Abwärme freuen sich sowohl die kommunalen Wärmenetzkunden als auch Bakterien im Faulgasreaktor. Auch thermische Abfallbehandlungsanlagen können für die Wasserstofferzeugung eingesetzt werden. Die kommunalen Unternehmen können damit eine zentrale Rolle bei der Erprobung der Wasserstoff-Technologie spielen, weshalb ihre Projekte bei der Nationalen Wasserstoffstrategie stärker berücksichtigt werden sollten.

Energieeffizienz als Treiber für Klimaschutz nutzen

Energieeffizienz in allen Sektoren generell war in den letzten Jahren ein oft unterschätzter Faktor für Klimaschutz. Effizient ist, wer mit so wenig Aufwand wie möglich das vorgegebene Ziel erreicht. In die Energiewelt und die Kommunalwirtschaft übertragen, gibt es viele wettbewerbliche Ansätze und Mechanismen.



Steuerrechts daher so gestaltet werden, dass Investitionen der Wasserwirtschaft in Energieeffizienz und -erzeugung angereizt werden. Nur so können die Energiepotenziale effizient für den Klimaschutz genutzt werden. Die Steigerung der Energieeffizienz in der kommunalen Wasserwirtschaft muss auch in den Förderprogrammen deutlich stärker unterstützt werden.

Verkehrswende voranbringen: Mobilität nachhaltig gestalten

Wir werden immer mobiler, zugleich müssen wir Treibhausgase im Verkehr reduzieren. Mit ihren Infrastrukturen, dem ÖPNV, Flotten und Fuhrparks vereinen kommunale Unternehmen Klimaschutz, saubere Luft und bezahlbare Mobilität. Um diesen Weg fortzusetzen, brauchen sie gute Rahmenbedingungen.

Engmaschiges Lade-Netz und Schnelllade-Hubs, Mobilitätsmanager und Förderung: Bringen wir die Elektromobilität voran

Künftig bewegen wir uns vor allem elektrisch von A nach B: Der Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität ist eine Herausforderung für Mobilitätsanbieter, Kommunen und Energiewirtschaft. Wir meistern sie, wenn jede Kommune eine passgenaue Ladeinfrastruktur-Strategie entwickelt – mit allen Akteuren im jeweiligen Quartier, z.B. der Wohnungswirtschaft, auf deren Flächen Autos länger stehen. Gemeinsam können sie die geeignetsten Standorte für Ladesäulen klären. Zielführend ist ein engmaschiges Lade-Netz, bei dem Lade-Punkte möglichst vielfältig und breit an sinnvollen Orten verteilt sind: vor und in Wohngebäuden, im Einzelhandel,

beim Arbeitgeber oder auf der Straße. An zentralen Orten brauchen wir urbane Ladehubs mit hohen Ladeleistungen für ein schnelles „Nachtanken“. Die Umsetzung sollten (Elektro-) Mobilitätsmanager in den Kommunen in die Hand nehmen. Sie behalten alles im Blick: von der Nachfrage-Entwicklung in den Kommunen bis zu den Anforderungen an die Netze. Solche Projekte zur Zusammenarbeit sollten gezielt gefördert werden, weil sie entscheidend für einen volkswirtschaftlich effizienten Ausbau sind. Schon heute sorgen kommunale Unternehmen für eine Grundversorgung an Ladeinfrastruktur, ohne dass es sich wirtschaftlich rechnet. Statt Rosinenpickern die Tür zu öffnen, sollte eine verlässliche, flächendeckende Grundversorgung auch künftig gefördert werden. Sie ist Voraussetzung für den Durchbruch der Elektromobilität.

Mobilität im ländlichen Raum fördern

Mobilität bedeutet Selbstbestimmung und ist für einige auch Ausdruck und unverzichtbarer Bestandteil ihrer persönlichen Unabhängigkeit – und darf keine Frage des Wohnorts sein. Auch im ländlichen Raum bauen kommunale Unternehmen Elektro-Lade-Infrastrukturen, Erdgas- oder Wasserstoff-Tank-Infrastrukturen für alternativ-angetriebene Autos auf. Sie entwickeln und verknüpfen neue und bewährte Mobilitätsangebote auf Mobilitätsplattformen. Dieses Engagement sollte die Politik flächendeckend fördern und Kommunen bei den Planungen durch geeignete Ressourcen flankieren.



Ein Hidden Champion

im Klimaschutz ist die kommunale Abfallwirtschaft: Seit 2005 hat sie 76 Prozent ihrer CO₂-Emissionen eingespart.

Förderprogramme für den Fuhrpark

Vom Müllwagen bis zu speziellen Nutzfahrzeugen: Die kommunalen Unternehmen sind jeden Tag mit einem großen Fuhrpark für die sichere Ver- und Entsorgung von Menschen und Wirtschaft unterwegs – umso wichtiger, dass sie klimaschonend und sicher fahren. Weil es die Fahrzeuge der kommunalen Flotte nicht von der Stange gibt, sollten der Erwerb neuer alternativ-angetriebener Nutzfahrzeuge etwa mit Elektro- oder Wasserstoffantrieb, Investitionen in die Um- und Nachrüstung zugunsten klimafreundlicherer Antriebe oder in mehr Verkehrssicherheit durch geeignete Förderprogramme unterstützt werden. Wichtig ist, die Förderprogramme nicht nur auf die Fahrzeuge zu beschränken, sondern auch den notwendigen und oftmals sehr kostenintensiven Aufbau von Lade- und Tankinfrastruktur für alternativ-angetriebene und schwere Nutzfahrzeuge, wie Abfallsammelfahrzeuge, auf den Betriebshöfen zu berücksichtigen – es braucht die passenden Experten und Werkzeuge zu den Technologien genauso wie den passenden Zapfhahn oder Stecker.

Für die Verkehrswende den ÖPNV stärken

Der ÖPNV sollte weiter gestärkt und gefördert werden. Denn er kann nur dann zu einer echten Alternative zum Individualverkehr werden, wenn er in puncto Flexibilität, Komfort und Verfügbarkeit weiter zulegt. Schon heute wird auch auf Kombinationen mit Shared-Mobility-Angeboten wie Bike-, Roller-, Flotten- oder Carsharing gesetzt.

Klimaschutz-Vorreiter nicht von Fördermitteln ausschließen

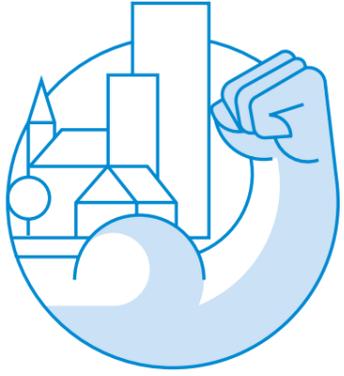
Seit 2005 hat die kommunale Abfallwirtschaft 76 Prozent ihrer CO₂-Emissionen eingespart – ein Hidden Champion im Klimaschutz. Diesen Klimaschutz-Erfolg wollen wir fortsetzen und benötigen daher weiter Zugang zu den zukünftigen Förderprogrammen. So können wir die Getrenntsammlung von Abfällen intensivieren, um das Recycling zu verbessern. Unsere Fuhrparks, soweit technisch machbar, auf alternative Antriebe, wie Elektro- oder Wasserstoff-Antrieb einstellen, damit Müllfahrzeuge CO₂ sparen. Und Bioabfälle als erneuerbare Energie und die Hitze bei der thermischen Abfallverwertung als grüne Fernwärme nutzen. Wichtig für den Klimaschutz ist, dass die kommunalen Abfallwirtschaftsbetriebe auch das noch verbliebene Potenzial zur CO₂-Reduktion auf dem Weg zur Klimaneutralität heben können.

Kreisläufe schließen: Mindestanteil an recyceltem Material bei neuen Produkten (insb. Verpackungen)

Auch das beste Recycling nützt nichts, wenn das recycelte Material nicht bei der Herstellung neuer Produkte verwendet wird. Die Politik sollte einen Mindestanteil an recyceltem Material für die bestimmten Produktgruppen vorgeben. Das kurbelt die Nachfrage nach Sekundärrohstoffen an und schafft Anreize für bessere Recyclingverfahren. So kann Politik die Kreisläufe effektiv schließen und Ressourcen schonen.

Bürokratie abbauen, Klima schützen

Für den gesamten Bereich der angestrebten Klimaneutralität gilt: Zahlreiche geltende Regelungen erschweren die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Genehmigungsverfahren sind kompliziert und langwierig. Hier bedarf es stärkerer Präklusionsregelungen und Stichtagsregelungen.



**Unser Beitrag
für die leistungsstarke
Kommune:**

**Ver- und Ent-
sorgungssicherheit**



Ob Corona, Klimawandel, Demografie oder Digitalisierung: Unsere komplexe Welt wandelt sich rasant. Das beeinflusst das Zusammenleben in unseren Kommunen und bestimmt, wie wir leben. Viele suchen nach Halt und Orientierung. So mancher ist verunsichert. Veränderungen stellen vieles in Frage. Umso wichtiger ist, dass wir uns auf Bewährtes und Alltägliches wie die Daseinsvorsorge der Kommunalwirtschaft ohne Wenn und Aber verlassen können. Die leistungsstarke Kommune 2030 und darüber hinaus: Dafür stehen wir.

Aus heutiger Sicht, mit großer Zuversicht, unser sehnlichster Wunsch:

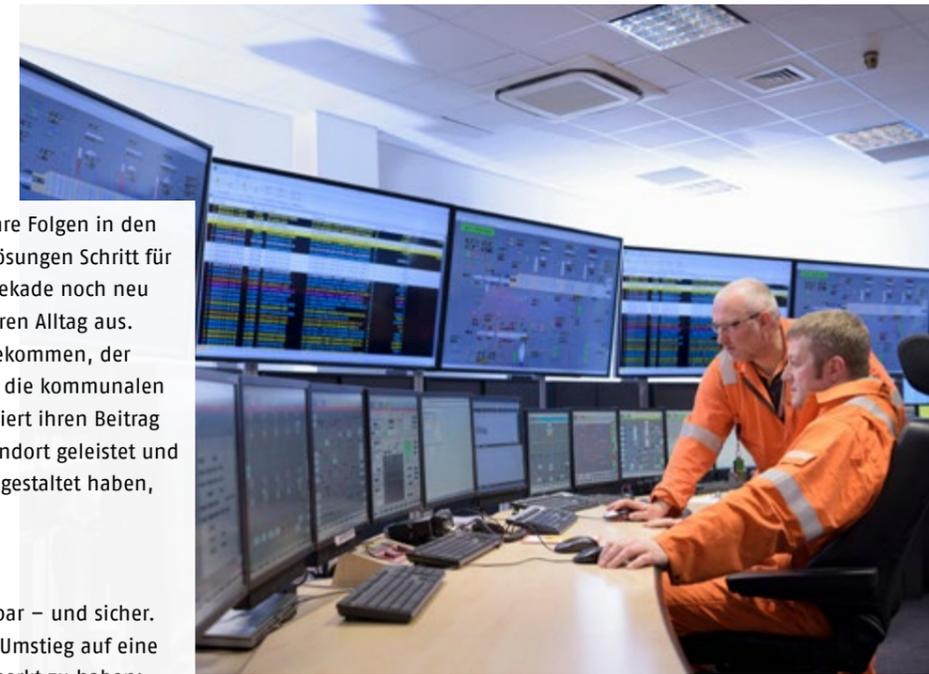
2030 haben wir die Corona-Pandemie und ihre Folgen in den Griff bekommen, in den Jahren zuvor viele Lösungen Schritt für Schritt erarbeitet. Vieles, was uns vor einer Dekade noch neu und ungewohnt erschien, macht längst unseren Alltag aus. Unsere Wirtschaft ist gestärkt aus der Krise gekommen, der innere Zusammenhalt ist spürbar. Auch, weil die kommunalen Unternehmen mit der Daseinsvorsorge engagiert ihren Beitrag zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort geleistet und Veränderungen wie den digitalen Wandel so gestaltet haben, dass alle davon profitieren.

Die Energieversorgung ist sicher

Die Energieversorgung ist nachhaltig, bezahlbar – und sicher. Die Klimaziele haben wir erreicht, ohne den Umstieg auf eine erneuerbare Energieversorgung im Alltag bemerkt zu haben: Dank dem Ausbau der zuverlässigen Kraft-Wärme-Kopplungs-Klimaschutztechnologie und der intelligenten Stromverteilnetze, die das Angebot von Wind- und Sonnenenergie immer besser mit unserem Verbrauch vor Ort ausgleichen. So sorgen sie für ein stabiles Netz und eine sichere Energieversorgung. Und durch eine kluge, umfassende Reform ist der deutsche Strompreis im europäischen Vergleich nicht mehr einer der höchsten. Deshalb sind die meisten Menschen Kunde bei ihrem regionalen Energieversorgungsunternehmen, das sich auch vor Ort einbringt.

Die Wasserwirtschaft sorgt für klimarobuste Systeme

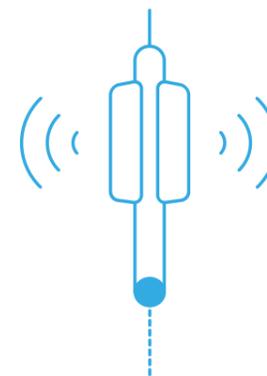
Wir haben erfolgreich Anpassungsstrategien an die Folgen des Klimawandels wie Starkregen oder Dürren entwickelt und vor Ort implementiert. Wir nutzen Daten, um unsere Strategien und Maßnahmen zur Modernisierung, zum Erhalt und Betrieb unserer Infrastrukturen zu optimieren. So verlängern wir die wirtschaftliche und technische Nutzungsdauer unserer Infrastrukturen auch in Zeiten des Klimawandels. Etwa intelligente Sensoren in den Kanälen, Grün- und Wasserflächen statt



Asphalt und Beton: Diese „Mehr Grün und Blau im Grau“-Schutzmaßnahmen sorgen für einen buchstäblichen Großstadtdschungel, der uns bei Hitze erfrischt, vor Starkregen-Fluten schützt und zu mehr Lebensqualität führt. Und überall kommt auch in Dürreperioden das Wasser weiter aus dem Hahn, weil uns der Umbau zur klimarobusten Wasserversorgung geglückt ist – zum Beispiel durch Kooperationen von Wasserversorgern. Und die Ver- und Entsorgung ist weiter überall sicher und bezahlbar – auch in ländlichen Regionen, in denen im vergangenen Jahrzehnt viele Menschen gebangt haben, die Kosten für den Erhalt und Betrieb der Infrastrukturen nicht mehr stemmen zu können.

Statt digitaler Spaltung: Schnelles Internet stärkt Stadt und Land

Digitale Daseinsvorsorge ist an jeder Milchkanne angekommen: Das Glasfasernetz reicht längst bis in jede Wohnung und schließt jeden Hidden Champion auch auf dem Land ans schnelle Internet an. Es ermöglicht flächendeckenden 5G-Mobilfunk. Home-Office ist überwiegend Berufs-Alltag. Ein Grund weniger zu pendeln. Das Land blüht auf, junge Familien siedeln sich vermehrt dort an. Die Städte atmen auf: Die Lage auf dem Wohnungsmarkt entspannt sich, es gibt weniger Stau und saubere Luft, weniger Müll und saubere Straßen – in einem Wort: mehr Lebensqualität. Denn neben Glasfaser gibt es weitere digitale Infrastrukturen wie LoRaWan, mit denen die digitale Daseinsvorsorge vorangetrieben werden kann.

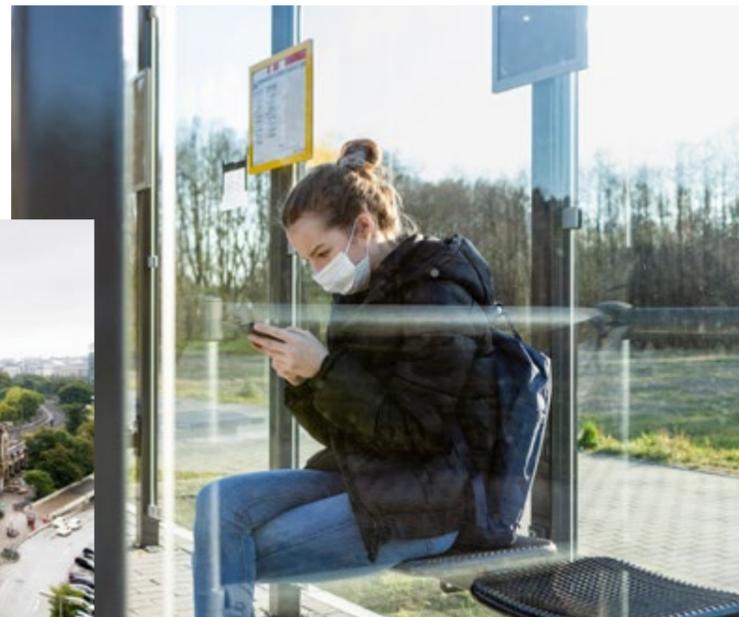


Unser Beitrag: Wie kommunale Unternehmen heute schon verlässlich ver- und entsorgen

365

Tage im Jahr, rund um die Uhr, überall: Seit über 100 Jahren stellen wir uns den Veränderungen unserer jeweiligen Zeit.

Pulsierende Großstadt, Kleinstadt-Kosmos oder bodenständig auf dem Land: Unentbehrliche Voraussetzung ist die sichere Versorgung mit Strom, Wärme, Wasser und schnellem Internet sowie eine verlässliche Entsorgung von Abfall und Abwasser. Für dieses Daseinsvorsorge-Paket für Menschen und Wirtschaft vor Ort arbeiten die kommunalen Unternehmen mit ihren über 280.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: rund um die Uhr, an 365 Tagen im Jahr, überall. Seit über 100 Jahren stellen wir uns den Veränderungen unserer jeweiligen Zeit. Unser Anspruch ist und bleibt, die Veränderungen für Menschen und Wirtschaft klug vor Ort zu gestalten und weiter für eine sichere Ver- und Entsorgung zu sorgen. Aus diesen Gründen ist Digitalisierung für uns kein Selbstzweck, sondern ein nützliches Werkzeug, das uns hilft, die Daseinsvorsorge zu verbessern und die Lebensqualität zu steigern.



Was wir für Versorgungssicherheit im Wandel und für die Zukunft benötigen

Veränderungen sind unsere Stärke. Wir passen unsere Dienstleistungen und Infrastrukturen an – klimarobust, generationengerecht, digital:

Wir stärken die Resilienz und Ver- und Entsorgungssicherheit. Diese Stabilität beruht darauf, dass wir Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit in der Praxis zusammenbringen. Dieses Zieldreieck gehört zu unserer unternehmerischen DNA. Mit dem Bewusstsein, wie bedeutsam der Schutz unserer kritischen Infrastrukturen für die Versorgung der Bevölkerung ist, ergreifen wir effektive Maßnahmen, zum Beispiel für Cyber-Sicherheit. Das Ziel der Versorgungssicherheit erreichen wir, weil wir jeden Tag, immer und überall daran arbeiten. Für diesen Prozess benötigen wir Unterstützung durch den Gesetzgeber:

Klimawandel, Demografie, Digitalisierung: Warum wir ein Infrastruktur-Update brauchen und wie wir daraus ein Konjunkturprogramm nach der Corona-Pandemie machen

Digitalisierung, Demografie und Klimawandel fordern die Daseinsvorsorge heraus. Denn sie verändern die Rahmenbedingungen für die sichere Versorgung und Entsorgung. Das erfordert vielerorts Infrastruktur-Anpassungen.

Erstens sind Infrastrukturen wie Erneuerbare-Energie-Anlagen, Wasser-, Gas-, Strom- und Glasfasernetze kein Produkt von der Stange, sondern Maßanzüge – präzise zugeschnitten auf die Situation vor Ort wie Topographie, Hydrologie, Geologie, erneuerbare Energiequellen oder Siedlungsstruktur.

Zweitens sind sie sehr langlebig. Infrastrukturen werden für Generationen gebaut: Sie sind ein Schatz unter der Straße, den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort gehört. Ziel muss sein, diesen Schatz für Wirtschaft, Bevölkerung und kommende Generationen zu wahren. Dafür braucht unser Land ein Infrastruktur-Update.

110 GW

Leistung aus erneuerbaren Energien maßgeblich in den Verteilnetzen kommunaler Betreiber angeschlossen: Das ist die Bilanz der vergangenen 14 Jahre.



Intelligente Stromnetze, Gaskraftwerke und Rechtssicherheit für eine sichere Stromversorgung

Eine sichere und zuverlässige Energieversorgung ist elementar für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Besonders Industrie und produzierendes Gewerbe mit ihrem hohen Energiebedarf sind darauf angewiesen, dass Strom und Wärme an ihrem Standort verlässlich zur Verfügung stehen.

Größte Herausforderung für die kommunalen Netzbetreiber ist die Volatilität der erneuerbaren Energien. Für ein stabiles Netz müssen sie das schwankende Energieangebot und die Energienachfrage in ihrem Netz jederzeit ausgleichen. Die beachtliche Bilanz der vergangenen 14 Jahre: 110 GW Leistung aus erneuerbaren Energien maßgeblich in ihren Verteilnetzen angeschlossen, eine der zuverlässigsten Stromversorgungen der Welt und konstante Kosten. Bislang ist es den Verteilnetzbetreibern gelungen, Klimaschutz und Versorgungssicherheit in Einklang zu bringen. Daher sollten gute, praxisbewährte Rahmenbedingungen erhalten bleiben. Anpassungsbedarf für Versorgungssicherheit besteht in drei Bereichen.

Erstens kommen durch die Klimaziele und angestrebte Sektorenkopplung immer neue Aufgaben für die kommunalen Netzbetreiber hinzu, zum Beispiel der Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektromobilität. Um die neuen Aufgaben zu meistern und die Versorgungssicherheit zu erhalten, digitalisieren die kommunalen Netzbetreiber ihre Stromnetze. So können sie

unter anderem mithilfe von Daten aus Messstellen das Netz intelligent steuern. Doch solche digitalen und intelligenten, technischen Lösungen kosten. Wir benötigen Rahmenbedingungen, die den Innovationsbedarf berücksichtigen und eine auskömmliche und verlässliche Finanzbasis für Investitionen in intelligente Netze schaffen.

Zweitens können Speicher nicht allein die Lücke an verlässlicher Erzeugungsleistung füllen, die Atom- und Kohleausstieg hinterlassen. KWK-Anlagen bzw. Gaskraftwerke – perspektivisch umrüstbar auf Wasserstoff – schaffen die nötige Flexibilität für eine sichere Versorgung, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Deren Neubau wird durch das aktuelle Strommarktdesign ausgebremst. Hier braucht es Investitionsanreize.

Drittens sind die Netzabschluss- und Anschlussnutzungsbedingungen oberhalb der Niederspannungsebene bzw. Niederdruckstufe nicht klar geregelt. Solche Unsicherheiten in den Rechtsbeziehungen zwischen Netzbetreiber und Anschlussnehmer verhindern den Anschluss leistungsstarker Erzeugungsanlagen ans Netz. Hier braucht es künftig klare Regelungen.

Insgesamt brauchen wir investitions- und innovationsfreundliche, klare Rahmenbedingungen, um die Klimaziele zu erreichen und mit smarten Netzen und Gaskraftwerken auf Nummer sicher zu gehen.



Investitionen in Infrastrukturen, damit Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auch künftig sicher bleiben

Wassernetze und Abwasserkanäle werden für Generationen gebaut und bedürfen anhaltend guter Pflege. Dafür investiert die kommunale Wasserwirtschaft beständig auf hohem Niveau. Doch in vielen Regionen geraten Teile der Infrastruktur an das Ende ihrer Nutzungsdauer und müssen an Klimawandel und Demografie angepasst werden. Der Investitionsbedarf steigt. Fakt ist: Man kann jeden Euro nur einmal ausgeben. Deswegen müssen Investitionen in Infrastrukturen als notwendige Daueraufgabe definiert und anerkannt werden. Sie dürfen nicht länger durch immer höhere Abgaben, wie die Abwasserabgabe, marginalisiert werden. Sonst sind steigende Entgelte für diese elementaren Daseinsvorsorgeleistungen die Folge. Reformen wie die Neuausrichtung der Abwasserabgabe müssen Investitionen klar Vorfahrt einräumen und dieses Prinzip verankern – zum Beispiel indem

sie über Verrechnungen Investitionen gezielt beschleunigen. Investitionen in die Trinkwasser- und Abwasserentsorgung sind wichtiger denn je, da insbesondere die Anpassung an die Folgen des Klimawandels mit einem erheblichen Investitionsbedarf verbunden sein wird. Dazu gehören zum Beispiel Verbünde und Anpassungsmaßnahmen für klimarobuste Systeme und Speicher in Städten und Gemeinden zu schaffen und Ressourcen zu erschließen. Die Herstellerverantwortung im Gewässerschutz muss etabliert werden: Spurenstoffeinträge (d.h. Schadstoffpartikel in kleinsten Konzentrationen) in die Gewässer müssen frühzeitig reduziert werden, indem sie bei der Herstellung vermieden oder durch umweltverträgliche Stoffe ersetzt werden oder zumindest bei der Anwendung minimiert werden.



Schnelles Internet in Stadt und Land – mit Kooperationen und Chancengleichheit Kilometer beim Glasfaserausbau machen

Das beste digitale Geschäftsmodell und klügste Home-Schooling-Konzept nützen nichts, wenn der Hidden Champion im Funkloch steckt und die Schulklasse am alten Kupfernetz hängt. Wie attraktiv der Standort Deutschland, wie wettbewerbsfähig unsere Wirtschaft und wie die Teilhabechancen in unserer Gesellschaft verteilt sind, entscheidet sich heute: Denn Voraussetzung, um die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft für alle zu gestalten, ist der Ausbau leistungsfähiger, digitaler Infrastrukturen in Stadt und Land. Dazu leisten kommunale Unternehmen mit moderner Daseinsvorsorge einen entscheidenden Beitrag – insbesondere durch den Ausbau der Glasfasernetze. Um flächendeckend Kilometer zu machen, brauchen wir von der Politik:

• Chancengleichheit beim Ausbau der Glasfaser

Schon heute sind 200 kommunale Unternehmen im Breitbandausbau aktiv: Tendenz steigend, sie setzen fast ausschließlich auf Glasfasernetze bis ins Gebäude – also genau die Infrastruktur für das schnellste und nachhaltigste Internet. Und sie bauen auch dort aus, wo es sich für kurzfristig gewinnorientierte TK-Netzbetreiber nicht lohnt, z.B. im ländlichen Raum. Doch noch immer werden lukrative Gebiete doppelt und dreifach, andere Gebiete jedoch gar nicht ausgebaut. Ursache sind strukturelle Wettbewerbsverzerrungen, die Investitionen kommunaler Unternehmen verhindern. Begründet werden die Benachteiligungen allein mit der kommunalen Eigentümerstruktur.

Die Politik sollte künftig für rechtliche und regulatorische Chancengleichheit auf dem Markt sorgen. So könnte sie Investitionen in echte Glasfasernetze anreizen, den volkswirtschaftlich unvernünftigen Doppel- und Überausbau stoppen und dafür sorgen, dass unterversorgte Gebiete schnelles Internet bekommen. Dafür muss der Wettbewerb von der Infrastruktur zu den Diensten auf dem Netz verlagert werden.

• Kooperationen unterstützen

Statt volkswirtschaftliches Vermögen zu verschwenden, sollten wir Synergien nutzen: Kooperationen und Netzzugangsvereinbarungen sind ein gutes Mittel, um den Ausbau der Glasfasernetze schneller und günstiger voranzutreiben. Bereits heute stellen über 50 Prozent der kommunalen TK-Unternehmen einen diskriminierungsfreien und offenen Netzzugang privaten TK-Anbietern zur Verfügung (Open-Access). Weitere 20 Prozent planen es. Politik muss für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen, um Kooperationen auf Augenhöhe zu unterstützen. Zusatzgewinn: Verbraucher bekommen mehr Wahlfreiheit bei den Leistungen auf dem Netz.

• Tschüss, Funkloch: Kommunale TK-Unternehmen als Partner beim Ausbau flächendeckender Mobilfunknetze

Ohne Glasfaser kein 5G: Für das Ziel flächendeckender 5G-Mobilfunknetze sind kommunale Unternehmen wichtige Partner. 80 Prozent aller kommunalen Unternehmen bieten bereitwillig Standorte für Sendeanlagen an. 50 Prozent der kommunalen TK-Unternehmen, die Glasfasernetze bauen und/oder betreiben, offerieren Mobilfunkbetreibern Antennenstandorte inklusive Anschluss an ihr Glasfasernetz, weitere 29 Prozent planen es. Sie müssen künftig besser in die politischen Planungen zum flächendeckenden Mobilfunkausbau einbezogen werden. Dann wird die Erschließung von Antennenstandorten günstiger und die Glasfasernetze werden effizienter ausgelastet.

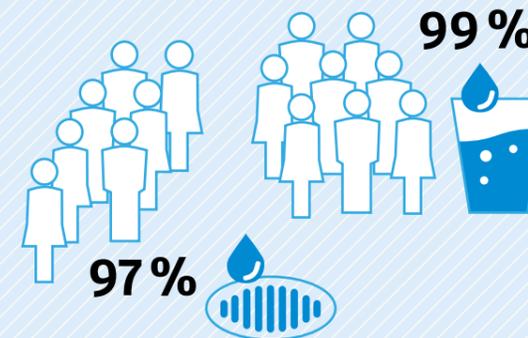


12,2

Minuten lediglich dauerte die Unterbrechung der Stromversorgung 2019 in Deutschland im Durchschnitt*. Unser Stromnetz ist damit das sicherste in der EU.

* Quelle: SAIDI-Index/ BNetzA, 2021

In Deutschland sind 99 Prozent der Bevölkerung über 540.000 Kilometer Leitungsnetz an die öffentliche Trinkwasserversorgung angeschlossen ...



... und das Abwasser von 97 Prozent der Bevölkerung wird über 594.000 Kilometer Abwasserkanäle entsorgt.

Quelle: Destatis 2018

92 %

der kommunalen Unternehmen im Breitbandausbau verlegen ihr Glasfasernetz bis in die Gebäude und Wohnungen (FTTB/H) – in der Stadt und auf dem Land.

Quelle: Mitgliederbefragung VKU Telekommunikation, 2020



Ohne Glasfaser kein 4G und 5G: Künftig wollen 80 Prozent der kommunalen Unternehmen den Mobilfunkunternehmen Anschlüsse für Antennen an ihr Glasfasernetz anbieten.

Quelle: Mitgliederbefragung VKU Telekommunikation, 2020

20 x

796.000 km für die Stromversorgung: Die Länge der Strom-Verteilnetze der Stadtwerke würde reichen, um ca. 20 Mal die Erde zu umspannen.

Quelle: VKU: Zahlen, Daten, Fakten, 2020

31.500

Tonnen Abfall entsorgen kommunale Unternehmen jeden Tag.

Quelle: VKU: Zahlen, Daten, Fakten, 2020



Nach Corona: Infrastruktur-Update als Konjunkturprogramm „Buddeln und Baggern für Deutschland“ nutzen

Für Wirtschaft und Bürger zahlen sich Investitionen in zukunftsfeste Infrastrukturen der Daseinsvorsorge doppelt aus: Sie werden auch künftig immer und überall verlässlich mit Strom, Wärme, Wasser und schnellem Internet versorgt und ihr Abwasser und Abfall sicher entsorgt. Und mit Investitionen erhalten wir unseren Schatz unter der Straße als Vermögenswert für die nächste Generation.

Zudem ist der Zeitpunkt genau richtig: Große Teil der Wirtschaft leiden unter der Corona-Krise. Weil nichts geschieht, wenn es nicht vor Ort geschieht, ist die kommunale Ebene der entscheidende Faktor, um die Konjunktur anzukurbeln. Ob Glasfasernetze für schnelles Internet oder intelligente Stromnetze für Klimaschutz und Versorgungssicherheit: Investitionen in die Infrastrukturen der Daseinsvorsorge stärken ad hoc das lokale Handwerk und perspektivisch die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Wirtschaftsstandorts. Sie sorgen für Zusammenhalt durch gleichwertige Lebensverhältnisse und verbessern unsere Resilienz gegenüber künftigen Krisen. Und wegen ihrer Langlebigkeit profitiert auch die kommende Generation.

Um das Infrastruktur-Update als Konjunkturprogramm zu nutzen, brauchen wir neue Förder- und Finanzinstrumente sowie ordnungsrechtliche Vorgaben für die kommunale Ebene, Bürokratieabbau sowie schnellere und digitale Plan- und Genehmigungsverfahren.

Cyber-Sicherheit stärken, um kritische Infrastrukturen wirksam zu schützen

Je digitaler unsere Städte und Gemeinden werden, desto wichtiger ist der Schutz vor Cyber-Angriffen. So ist die Stromversorgung der Herzschlag unserer digitalen Gesellschaft. Und bei der Wasserversorgung geht es um nichts weniger als die Versorgung mit unserem Lebensmittel Nummer 1. Deshalb entwickeln die kommunalen Unternehmen ihre IT-Sicherheitskonzepte und -maßnahmen kontinuierlich fort, um ihre kritischen Infrastrukturen und damit die Ver- und Entsorgung wirksam für Wirtschaft und Menschen zu schützen.

Ob Krankenhäuser oder Konzerne: Die jüngsten Cyber-Angriffe zeigen schonungslos, dass kein IT-System unhackbar ist. Und wir müssen realistisch sein, es wird immer wieder Angriffe von außen geben. Cyber-Sicherheit ist also kein Zustand – sondern ein permanenter Prozess.

Für diesen Weg benötigen wir politische Unterstützung. Zum einen muss die Politik an bewährten Grundsätzen der Cyber-Sicherheit festhalten, wie zuletzt bei der erneuten Vergabe der 450 MHz-Frequenz an die Energie- und Wasserwirtschaft geschehen.

Die über 800 Verteilnetzbetreiber steuern die Stromversorgung nicht von einem Server aus, sondern über mehrere hundert Server in der ganzen Republik.



Zentral für den Schutz vor Cyber-Angriffen ist auch die Schaffung ausreichender Redundanzen zur Sicherstellung der Ver- und Entsorgung. Solche doppelten Sicherheitsinfrastrukturen spannen Energie- und Wasserwirtschaft bereits heute für die Bevölkerung auf und sollten erhalten bleiben. So nutzen die Wasserversorger neben örtlichen auch regionale Systeme, sodass selbst ein erfolgreicher Hackerangriff auf einen Wasserversorger nicht zu einem großflächigen Ausfall bei benachbarten Wasserversorgern führen würde. Und die über 800 Verteilnetzbetreiber steuern die Stromversorgung nicht von einem Server aus, sondern über mehrere hundert Server in der ganzen Republik. Statt flächendeckendem Blackout würde es bei einem erfolgreichen Angriff auf einen Netzbetreiber deshalb immer stabile Inseln geben, von denen das Netz rasch wiederhergestellt und die Versorgung hochgefahren werden könnte.

Zugleich brauchen wir einige neue Ansätze: Erstes Ziel sollte sein, Sicherheitslücken in der Hard- und Software zu verringern. Dafür sollte der Security-by-Design-Ansatz gesetzlich verankert werden. Hersteller von Hard- und Software müssten Verant-

wortung für ihre Produkte übernehmen und wären verpflichtet, die gestiegenen Anforderungen an die Sicherheit schon bei der Herstellung bzw. Programmierung zu berücksichtigen und aufgedeckte Sicherheitslücken schnell zu beheben.

Zweitens muss die Stromversorgung Teil der nationalen Cyber-Sicherheitsarchitektur werden, weil ohne Strom alles stillsteht.

Drittens brauchen wir ein nationales Cyberabwehrzentrum nach dem Vorbild des Nationalen Lage- und Führungszentrums für Sicherheit im Luftraum, in dem die zuständigen Sicherheits- und Aufsichtsbehörden, die IT-Branche und die kritischen Infrastrukturen, insbesondere die Energie- und Wasserversorger eng zusammenarbeiten und agil und schlagkräftig auf Bedrohungen reagieren können.

Und viertens brauchen wir Rechtssicherheit für Investitionen, mit denen kommunale Unternehmen den Schutz kritischer Infrastrukturen sicherstellen. Hier sind bundesweite Mindeststandards und ein einheitlicher Rechtsrahmen notwendig.



Trinkwasserversorgung sichern oder verschiedene Ressourcen effizienter nutzen. Viertens brauchen wir einen effizienteren Umgang mit Wasser: Ziel muss sein, die Wasserressourcen von vornherein intelligent zu managen und einen ausgeglichenen Wasserkreislauf zu erreichen, der die Idee der „Schwammstadt“ in den Vordergrund stellt. Dafür müssen alle Akteure in der Kommune wie Behörden, Landwirte, Wirtschaft und Wasserversorger an einen Tisch. Fünftens müssen wir auch die Qualität der Wasserressourcen schützen. Es ist effektiver und wirtschaftlicher, Verunreinigungen von Wasserressourcen durch Industrie und Landwirtschaft mit Nitrat, Pflanzenschutzmittel und anderen Spurenstoffen konsequent zu verhindern statt Spurenstoffe aufwändig zu entfernen und die Gebührenzahler mit den Kosten zu belasten. Zu diesem Zweck muss das Verursacherprinzip konkret durch eine erweiterte Herstellerverantwortung im europäischen Grünen Deal verankert werden.

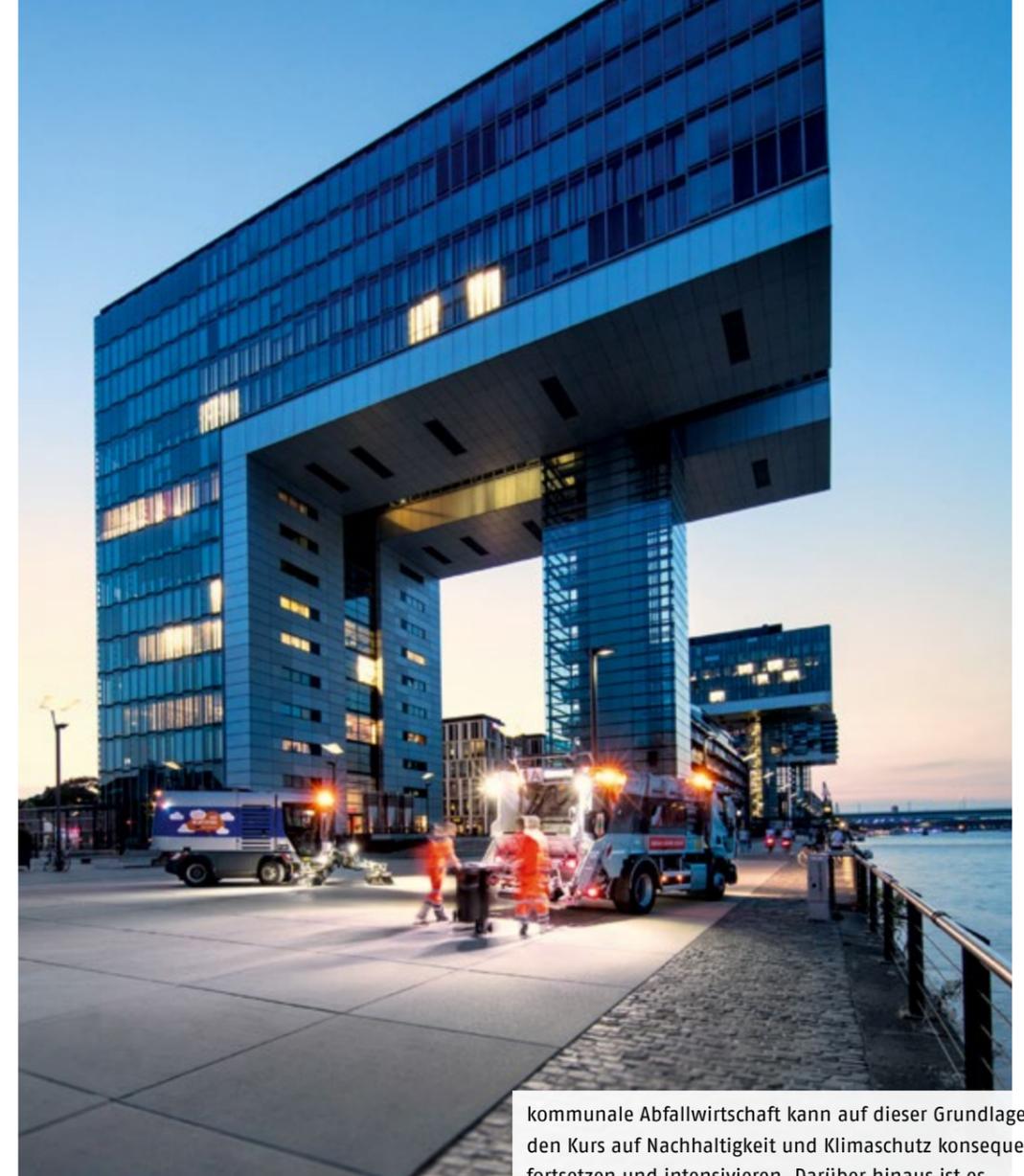
Zudem gelingt Klima-Anpassung noch besser, wenn wir Wissen teilen und vor Ort umsetzen. Daher sollte, sechstens, das bewährte BMU-Programm der Klimaschutz-Manager explizit für Klima-Anpassung weiterentwickelt und geöffnet werden. Und zu guter Letzt – der siebte Baustein: Klima-Anpassung muss solide finanziert sein, damit sie keine Frage des Wohnorts wird. Bund und Länder müssen deshalb ein Sonderprogramm Klimavorsorge aufbauen.



Klimarobuste Systeme für eine sichere Wasserwirtschaft und zum Schutz vor den Folgen des Klimawandels

Der Klimawandel ist spürbar. Lange Trockenheit stresst unsere Wasserressourcen. Häufigere Starkregen führen zu Überflutungen. Die kommunale Wasserwirtschaft ergreift maßgeschneiderte Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Mit klimarobusten Infrastrukturen und Systemen kann sie die Wasserver- und Abwasserentsorgung langfristig sichern. Für eine sichere Wasserver- und Abwasserentsorgung muss die Politik an sieben Stellschrauben drehen, die auch bei der zukünftigen Nationalen Wasserstrategie des Bundes berücksichtigt werden sollten.

Erstens müssen wir uns mit Nutzungskonkurrenzen beschäftigen: Wenn das regionale Wasserdargebot nicht für alle gewünschten Nutzungen reicht, müssen Behörden den gesetzlich verankerten Grundsatz des Vorrangs der öffentlichen Wasserversorgung bei ihren Entscheidungen in Wasserrechtsverfahren wieder stärker berücksichtigen. Zweitens müssen Wasserversorger höhere Wasserrechte genehmigt bekommen, wenn sie diese für eine sichere Versorgung in Dürreperioden benötigen. Der kommunalen Ebene obliegt es dann, bei zeitweisen Bedarfsspitzen, eine ggf. notwendige Nutzungseinschränkung zu regeln. Für die Bewässerung, z.B. von Rasenflächen, könnten zukünftig auch Brauchwasser oder (Regen-)Wasser aus Speichern bereitgestellt werden. Dabei gilt: Mensch und Tier vor Rasen oder Pool. Drittens brauchen wir gute Rahmenbedingungen für Kooperationen zwischen Versorgern, die gemeinsam die



kommunale Abfallwirtschaft kann auf dieser Grundlage den Kurs auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz konsequent fortsetzen und intensivieren. Darüber hinaus ist es wichtig, dass der gesetzliche Rahmen die kommunalen Entsorger vor überzogenen Anforderungen im Planungs- und Genehmigungsverfahren bei der Schaffung von Abfallbehandlungs- und Ablagerungskapazitäten zum Beispiel für Deponie-Abfälle schützt.

Rosinenpicken verhindern, flächendeckend sichere Abfallentsorgung durch bewährte Gesetze erhalten

Die kommunalen Abfallwirtschaftsbetriebe entsorgen immer und überall verlässlich unseren Abfall. Sie investieren, um ihre Leistungen stetig zu verbessern – zum Beispiel in mehr Klimaschutz durch den Bau moderner Behandlungsanlagen für Abfälle, die Anschaffung alternativ angetriebener Müllfahrzeuge oder für effizientere Prozesse durch Digitalisierung. Der Gesetzesrahmen ermöglicht dieses hohe Niveau der Entsorgungssicherheit: Die sogenannte Überlassungspflicht ist ein gesetzlich verankerter Auftrag der kommunalen Abfallwirtschaft, die privaten Haushaltsabfälle zu entsorgen.

Diese bewährten Regeln und Prinzipien für eine sichere Entsorgung sollten wir beibehalten. Auch verhindern sie Rosinenpicken des Einzelhandels oder privater Entsorger bei lukrativen Abfallströmen und verschaffen den kommunalen Entsorgern die nötige Planungs- und Investitionssicherheit für die sichere Entsorgung und zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen. Die

Daseinsvorsorge auch im Insolvenzrecht absichern

Im Insolvenzrecht werden Unternehmen der Daseinsvorsorge benachteiligt. Wenn sie von der Insolvenz bedrohte Kunden weiter versorgen, können an den Versorger geleistete Zahlungen später zurückgefordert werden. Die Versorgung ist aber unabdingbar für den Kunden, um eine Chance zu haben, seine Krise zu überwinden. Zum Schutz vor der Gefahr von Insolvenzanfechtungen sollte für die Leistungen der Daseinsvorsorge daher im Insolvenzrecht eine Ausnahme gelten. Ebenso sollten Energieversorger im Falle der Insolvenz ihres Kunden nicht länger verpflichtet sein, Energiesteuer und EEG-Umlage aus eigener Tasche zu zahlen.



Unser Beitrag für die lebenswerte Kommune: Lebensqualität



Zukünftig mag sich vieles auf der Welt verändert haben. Vor Ort setzen sich die kommunalen Unternehmen gemeinsam mit den Kommunen dafür ein, dass die Lebensqualität stimmt: Bewährtes bleibt und wird weiterentwickelt, Neues erfolgreich umgesetzt.

Wo auch immer wir zuhause sind: Auch künftig gehört für unsere Kinder der Besuch im örtlichen Freibad mit Schwimmkurs und Pommes zum Sommer wie das Eis, das ein Lächeln aufs Gesicht zaubert. Für die Erwachsenen stehen weiter Sport und Kultur auf dem Programm – und alles zu Preisen, die für jeden Geldbeutel erschwinglich sind. Dafür machen wir uns stark: 2030 und darüber hinaus.

Wir nutzen Digitalisierung, um das Leben spürbar zu verbessern

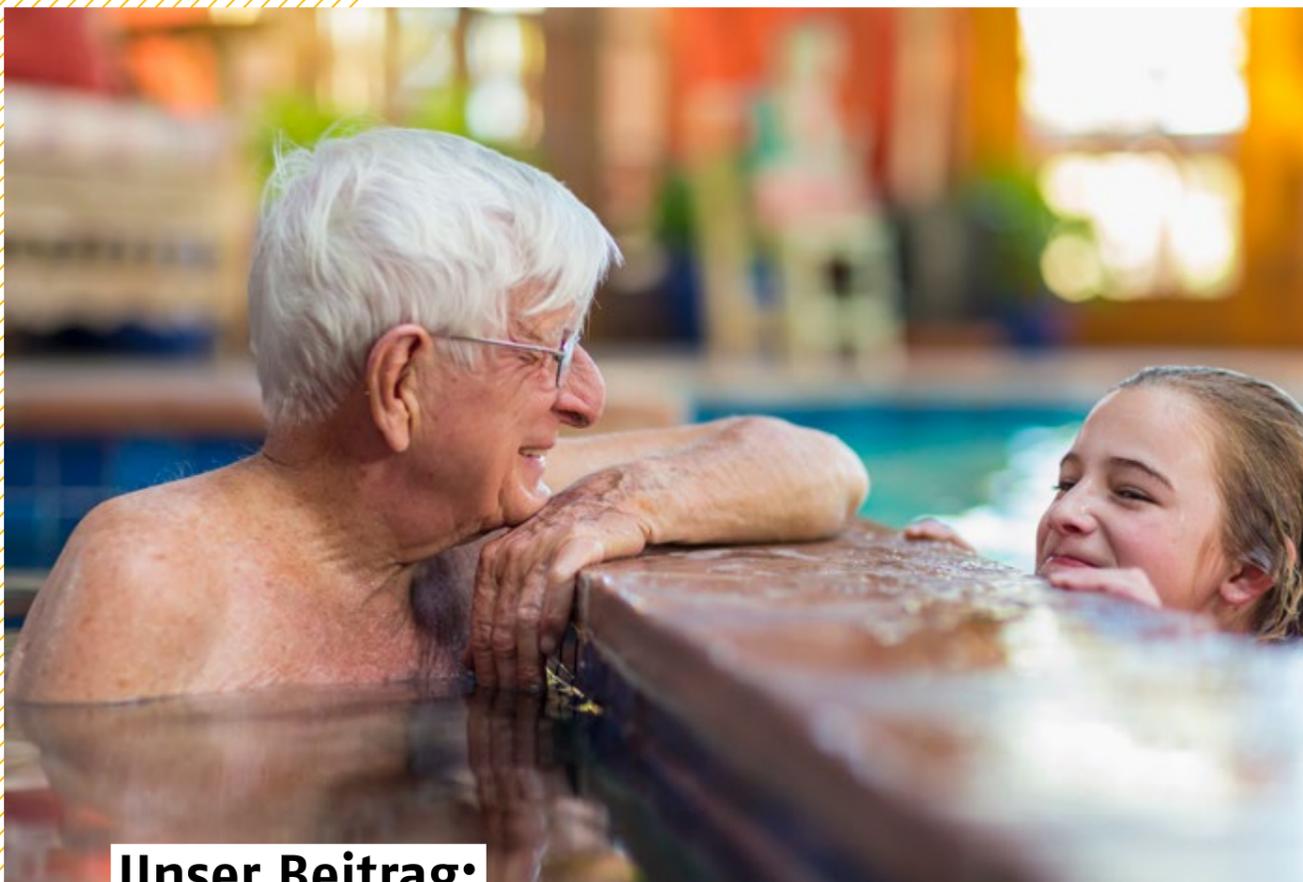
Ob Energie- und Mobilitätswende, effizientes Wasserressourcenmanagement, Abfalltourplanung oder Klima-Anpassung. Bei all dem setzen Städte und Gemeinden und ihre kommunalen Unternehmen auf die Digitalisierung. Sie gestalten aktiv den digitalen Wandel: von digitalen Verwaltungsdienstleistungen über digitale Frühwarnsysteme zum Schutz vor Starkregen und Kanalnetzsteuerung oder Sensorik zur Ermittlung des Zustands einzelner Bauteile und damit zur Verlängerung ihrer Lebenszyklen bis zur intelligenten Verkehrssteuerung. Parkplatz-Sensoren informieren uns per App über freie Plätze, lästige Runden um den Block gehören damit der Vergangenheit an. Und nachts leuchten intelligente Straßenlaternen heller, wenn wir vorbeikommen und dimmen ihr Licht, wenn niemand in der Nähe ist. So sparen wir Energie und bringen zugleich auch die letzten Nachtschwärmer sicher nach Hause. Für uns ist Digitalisierung kein Selbstzweck, sondern ein nützliches Werkzeug. So vielfältig unsere Smart-City-Anwendungen auch sein mögen, sie eint ein Ziel: die Daseinsvorsorge zu verbessern und den digitalen Wandel zu nutzen, um das Leben in Stadt und Land spürbar zu verbessern. Dafür wurde ein kluger Rechtsrahmen gesetzt.



Daseinsvorsorge ist immer und überall bezahlbar geblieben – auch im ländlichen Raum

Daseinsvorsorge ist immer und überall sicher und bezahlbar geblieben. Auch in den ländlichen Regionen, in denen wegen des demografischen Wandels immer weniger Menschen leben und die Kosten für bestehende Infrastrukturen und Sport-, Kultur- und Gesundheitsangebote schultern müssen. Denn bis 2030 haben wir das Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse erneuert, mit lebenswerten Städten und Regionen den Zusammenhalt gestärkt: durch den Erhalt des steuerlichen Querverbundes, die konsequente Förderung interkommunaler Zusammenarbeit, den Anschluss- und Benutzungszwang und neue Lösungen, so dass Daseinsvorsorge keine Frage des Wohnorts ist.





**Unser Beitrag:
Wie kommunale
Unternehmen
heute für
Lebensqualität
vor Ort sorgen**

Ob ÖPNV oder Schwimmbäder: Diese Angebote werden durch die Kommunalwirtschaft ermöglicht, also durch die Versorgung mit Strom, Wärme, Wasser und schnellem Internet – gerade auch im ländlichen Raum – und die verlässliche Entsorgung von Abfall und Abwasser.

93%

der Verbraucherinnen und Verbraucher geben an, Wasser aus dem Wasserhahn zu trinken. Mehr als zwei Drittel der Befragten tun das ein- bis mehrmals täglich – unser Lebensmittel Nr. 1.

**Was wir für lebenswerte Kommunen brauchen:
Viele Angebote für Lebensqualität finanzieren kommunale Unternehmen durch ihre Leistungen der Daseinsvorsorge mit. Hier gilt es, den bewährten Rahmen für diese Finanzierung zu erhalten: und zwar den steuerlichen Querverbund.**

Auch bei den Kernleistungen besteht Handlungsbedarf. Im Kontext mit Investitionen in Infrastrukturen für Ver- und Entsorgungssicherheit stellt sich die Frage: Wie bleibt all das nicht nur sicher, sondern auch bezahlbar? Wie Menschen Lebensqualität und Infrastruktur in ihrem Ort wahrnehmen, hat reale Folgen für den Zusammenhalt. Man kann streiten, ob jemand abgehängt ist, oder sich nur so fühlt. Im Kern muss es darum gehen, wie wir die Daseinsvorsorge über das Gesundheitswesen bis zu Kulturangeboten sichern und all das bezahlbar bleibt – egal, wo man wohnt. Neben ihrer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort sind die Leistungen der Daseinsvorsorge elementar für gleichwertige Lebensverhältnisse, Teilhabe-Chancen und Zusammenhalt. Ihre Bezahlbarkeit darf keine Frage des Wohnorts sein.

Smart City und Smart Region: Für den digitalen Wandel brauchen wir fairen Wettbewerb bei datengetriebenen Geschäftsmodellen

Unser Anspruch ist, den digitalen Wandel zu gestalten: Für uns ist Digitalisierung kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, mit dem wir den Wirtschaftsstandort stärken und die Lebensqualität verbessern. Geld allein ist dabei nicht alles – wichtiger sind gute Rahmenbedingungen durch kluge Gesetzgebung in drei Bereichen:

Erstens brauchen wir flächendeckend leistungsfähige, digitale Infrastrukturen und zweitens gute Rahmenbedingungen für Cyber-Sicherheit. Drittens brauchen wir klare Regeln für den Umgang mit Daten kommunaler Unternehmen. Wenn nur kommunale Unternehmen ihre Daten offenlegen müssen, ist das ein struktureller Nachteil im Wettbewerb mit privaten Unternehmen. Stattdessen brauchen wir einen verlässlichen, transparenten und fairen Rechtsrahmen, der Wettbewerb auf Augenhöhe ermöglicht. Das gilt auch mit Blick auf neue europäische Vorgaben. So bekommen kommunale Akteure die nötige Planungssicherheit, um in die Entwicklung und Umsetzung ihrer Digitalisierungsstrategien weiter zu investieren.





Für Bäder und ÖPNV: kommunalen Querverbund erhalten, langfristige Finanzierung sichern

Bäder und ÖPNV sind Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge, die sich kaufmännisch nicht rechnen. Sie werden durch den steuerlichen Querverbund regelmäßig erst möglich: Die dauerdefizitären Leistungen werden durch eine steuerlich wirksame Ergebnisverrechnung mit Gewinnen, zum Beispiel aus der Energie- oder Wasserversorgung, finanziert. Auf diese Weise können wir Bäder und ÖPNV zu Preisen und Tarifen anbieten, die für jeden Geldbeutel erschwinglich sind und damit allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehen. Die Politik sollte den kommunalen Querverbund rechtssicher erhalten, damit die kommunale Daseinsvorsorge dauerhaft finanziert ist und so ihren Beitrag zu Lebensqualität und gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land leisten kann. Zudem gilt es, die Folgen der Corona-Pandemie in den Blick zu nehmen: So führt Corona im ÖPNV zu sinkenden Fahrgastzahlen und Einnahmen.

Für Klimaschutz und Verkehrswende muss jedoch vielerorts der ÖPNV ausgebaut werden. Der Betrieb der Bäder in der Pandemie war im vergangenen Jahr nur durch Betriebskonzepte mit klaren Hygiene- und Abstandsregeln möglich. Mehr Aufwand, weniger Besucher: Corona hat die finanziellen Verluste in dieser Badesaison für die Kommunen und Badbetreiber deutlich in die Höhe geschraubt. Viele Betreiber fürchten die Schließung. Wir sind überzeugt: Schwimmen dient der Gesundheit und Fitness und ist eine wichtige Lebensfertigkeit – all das darf keine Frage des Wohnorts sein. Deshalb bitten wir die Bundes- und Landesregierungen, die kommunalen Badbetreiber nicht baden gehen zu lassen und finanziell zu unterstützen. Ob ÖPNV oder Bäder: Neben dem kommunalen Querverbund ist die kurzfristige, finanzielle Unterstützung bei den Folgen der Corona-Pandemie ein wichtiger Baustein für eine langfristig sichere Finanzierung der Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge und damit für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land.



Ländlicher Raum: Kooperationen und Förderung, damit Daseinsvorsorge keine Frage des Wohnorts wird

Für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort und Zusammenhalt muss Daseinsvorsorge immer und überall sicher und bezahlbar bleiben – auch im ländlichen Raum. Gerade bei den Kosten für Modernisierung und Anpassung der Infrastrukturen, zum Beispiel für die Abwasserentsorgung oder Wasserversorgung, an Klimawandel und demografischen Wandel sollte Politik zwei Hebel nutzen, um für eine bezahlbare Daseinsvorsorge zu sorgen.

Erstens sollte sie Rahmenbedingungen für Vernetzung und interkommunale Kooperationen verbessern. Ob sichere Wasserversorgung, Abwasser- oder Abfallentsorgung oder gemeinsame Kilometer beim Glasfaserausbau: Manche Aufgaben lassen sich am besten gemeinsam bewältigen. Das gilt besonders im ländlichen Raum: Risiken und Kosten für den Ausbau von Infrastrukturen werden geteilt und Synergieeffekte genutzt. Das Steuerrecht sollte dem nicht im Wege stehen. So kommt es bei der kommunalen Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung häufig zu steuerlichen Belastungen. Auch in den Fällen, in denen eine Kommune Aufgaben in einer Anstalt des öffentlichen



Was wir fest im Blick behalten: Über die

Hälfte

der deutschen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum.





Rechts bündelt, um Synergien zu erzielen. Bestehende europarechtliche Möglichkeiten müssen hier voll ausgeschöpft werden. Denn wir benötigen Freiräume, um Lebensqualität vor Ort zu gestalten und bezahlbar zu halten.

Zweitens sollte sie den „Wenige Schultern“-Effekt als Folge der demografischen und siedlungsstrukturellen Entwicklung in ländlichen Räumen abfedern: Wenn die Menschen vor Ort die Finanzierung generationenübergreifender Infrastrukturen nicht mehr alleine schultern können, sind wie in den Aufbaujahren Fördermittel und Kooperationen nötig. Dazu empfiehlt auch die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ in ihrem Abschlussbericht im Jahr 2019 eine „Startprämie“. Sie muss gelebte Praxis werden, damit die Wasserver- und Abwasserentsorgung auch im ländlichen Raum dauerhaft bezahlbar und zukunftsfest aufgestellt sind.

Für saubere Städte: Hersteller substantiell an Reinigungskosten beteiligen

Vermüllung auf den Straßen verschandelt das Stadtbild, wirkt sich auf unser Sicherheitsgefühl aus – und kostet: 700 Millionen Euro zahlen Kommunen und damit die Menschen vor Ort jedes Jahr, um Straßen und Parks von Plastikmüll wie To-go-Bechern, Fast-Food-Verpackungen und Zigarettenkippen – oft auch „Littering“ genannt – zu befreien und für eine saubere und lebenswerte Stadt zu sorgen. Hilfe kommt von der EU, die das Prinzip der Herstellerverantwortung verankert hat: Sie sieht vor, dass nicht mehr die Gebührenzahler allein die Kosten für die kommunale Stadtreinigung über ihre Gebühren schultern, sondern auch die Hersteller von Verpackungen sich an den Kosten beteiligen müssen. Dazu braucht es nun auch einen transparenten und verlässlichen Finanzierungsmechanismus, der den kommunalen Entsorgern Planungssicherheit für Investitionen in zusätzliche Reinigungstechnik und Personal gibt. Mit dem Grundsatz der Herstellerverantwortung und der angemessenen Beteiligung der Hersteller an den Kosten durch einen klaren Finanzierungsmechanismus können die kommunalen Entsorger Littering wirksam bekämpfen und für saubere Städte und mehr Lebensqualität sorgen.



Wir setzen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse ein, um den Zusammenhalt und die Teilhabe in unserem Land zu stärken. Sie sind ein Versprechen: für Wirtschaftskraft und Lebensqualität in Stadt und Land. Dafür machen wir uns stark.

700 Mio.

Euro pro Jahr betragen die Entsorgungskosten für Einwegkunststoffartikel gesamt

120 Millionen Euro davon für die Entsorgung von Einweggetränkebechern

225 Millionen Euro davon für die Entsorgung von Zigarettenkippen

Quelle: Littering-Gutachten INFA-Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management im Auftrag des VKU, 2020



73 %

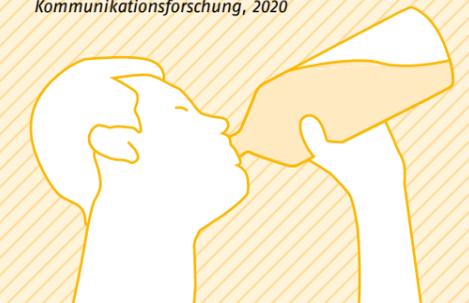
der Deutschen vertrauen ihren kommunalen Unternehmen, die regelmäßig einen Spitzenplatz im Vertrauensranking belegen.

Quelle: forsa-Vertrauensranking im Auftrag von RTL 2021

85,5 %

der Verbraucherinnen und Verbraucher beurteilen die Qualität ihres Trinkwassers als sehr gut oder gut.

Quelle: TWIS-Studie des Instituts für empirische Sozial- und Kommunikationsforschung, 2020



Für mehr Lebensqualität bauen kommunale Unternehmen das digitale Smart-City-Fundament mit Glasfaser und LoRaWan, inklusive Sensorik für Parkplätze, Abfalleimer etc.

Quelle: Mitgliederbefragung VKU Telekommunikation, 2020

Lebens- qualität

sind manchmal auch die
kleinen Dinge.



Lebensqualität zeigt sich auch an kleinen Dingen – wie mehr Service

Viele kleine Maßnahmen vor Ort machen Lebensqualität aus. Zum Beispiel vermeiden kleinere und leisere Fahrzeuge und Geräte in der Abfallsammlung und Straßenreinigung Lärm. Ein anderes Beispiel ist besserer Service: Das Verpackungsgesetz muss jedoch dahingehend konkretisiert werden, dass die Kommunen bestimmen können, dass auch unterirdische Container („Unterflurcontainer“) für die Verpackungsentsorgung eingesetzt und gelbe Tonnen vom Grundstück abgeholt werden müssen.

Lebenswerte Kommunen: Daseinsvorsorge in der EU stärken

Was die Europäische Union im Großen durch „Kohäsionspolitik“ verfolgt, setzen kommunale Unternehmen vor Ort um: gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land, zum Wohle aller. Zuverlässig und mit einem breiten Leistungsportfolio sorgen kommunale Unternehmen für „Kohäsion“ und verschaffen Deutschland einen Standortvorteil. Gleichzeitig tragen sie dazu

bei, die EU als Wirtschaftsstandort zu stärken und den Zusammenhalt zu fördern. Voraussetzung für diese Leistungsstärke ist, dass der Gestaltungsspielraum der Mitgliedstaaten in der EU für die Daseinsvorsorge aufrechterhalten bleibt. So nutzen wir die Vielfalt Europas als Stärke. Berlin sollte daher in Brüssel selbstbewusst für die Leistungsstärke der Daseinsvorsorge und ihre Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland und gleichzeitig auch Europa eintreten, die insbesondere bei der Weiterentwicklung und Vertiefung des europäischen Binnenmarktes oft in Frage gestellt werden. Die EU-Kommission sollte dabei auch ihr Versprechen für Bürokratieabbau einlösen.

Für eine sichere Versorgung den kommunalen Mittelstand unterstützen

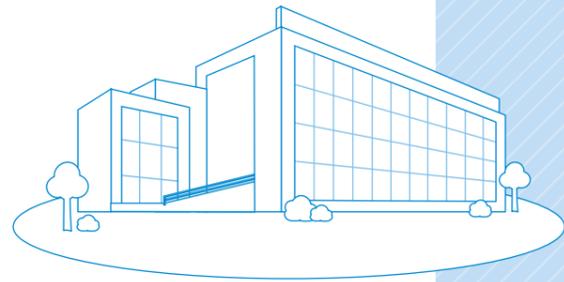
Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen und europäischen Wirtschaft. Deshalb werden kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geschützt und auch gefördert. Viele Förderprogramme auf europäischer und nationaler Ebene richten sich gezielt an KMU, um ihre Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft zu stärken und bei Klimaschutzaktivitäten zu unterstützen. Das ist richtig. Allerdings gelten kleine und mittlere kommunale Unternehmen, die in Deutschland zurecht zur mittelständischen Wirtschaft zählen, laut EU-Definition nicht als KMU.

Der Grund: Die Kommunen sind mehrheitlich ihre Eigentümer. Bereits ab 25 Prozent Beteiligung der öffentlichen Hand sind kommunale Unternehmen von der KMU-Förderung ausgeschlossen – auch wenn sie ansonsten die Mittelstands-Kriterien erfüllen.

Das muss sich ändern: Politik sollte sich daher auf EU-Ebene für eine Ausweitung der KMU-Definition auf kleine und mittlere kommunale Unternehmen einsetzen und bis dahin pragmatische Lösungen in den nationalen Förderprogrammen sowie für Bürokratieabbau finden.



Kommunale Unternehmen in Deutschland: Zahlen & Fakten



Rund
1.500*
kommunalwirtschaftliche
Unternehmen

werden vom VKU in den Bereichen Energie-, Breitband- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung sowie Stadtsauberkeit vertreten. Das System Stadt ist unsere Kernkompetenz.

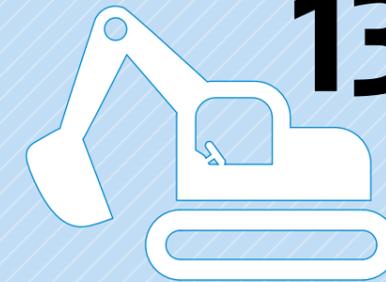
* 1497 Mitgliedsunternehmen, Stand 31.12.2020

123 Mrd.

Euro Umsatzerlöse



haben die VKU-Mitglieder 2019 erwirtschaftet. Davon entfallen allein 87,3 Milliarden Euro auf die Energieversorger (Strom, Gas, Wärme). Die Umsatzerlöse der Wasserwirtschaft belaufen sich auf 13,7 Milliarden Euro, die der Abfallwirtschaft und Stadtsauberkeit auf 10,2 Milliarden Euro und die des Breitbandausbaus auf über 1,4 Milliarden Euro.



13,4 Mrd.

Euro Investitionen

leisteten die Betriebe
allein im Jahr 2019.

Rund

283.000

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

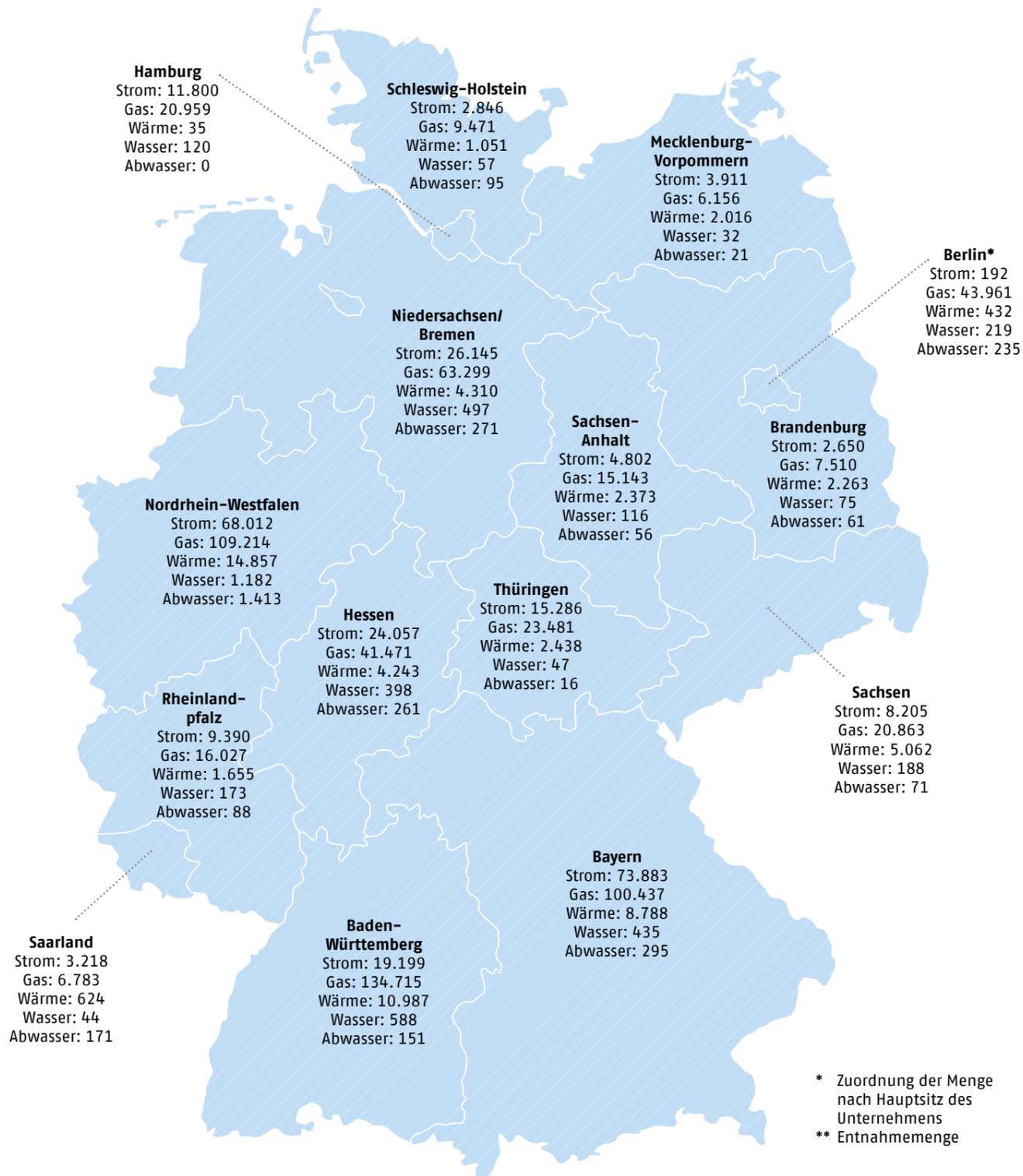


sind in den VKU-Unternehmen beschäftigt. Zudem kommen auf jeden Vollzeitbeschäftigten eines VKU-Mitgliedsunternehmens nahezu zwei weitere Beschäftigte in Deutschland (1,8)*. So sichern die kommunalen Unternehmen Arbeitsplätze für insgesamt 792.000 Menschen von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen, von Görlitz bis Kleve, in Metropolen wie im ländlichen Raum.

* Multiplikatoren gemäß VKU-Studie „Kommunale Wertschöpfung“ des Kompetenzzentrums Daseinsvorsorge der Universität Leipzig, 2015

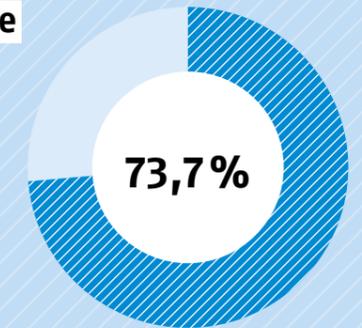
Abgabe aller VKU-Mitgliedsunternehmen an Energie und Wasser bzw. entsorgte Mengen Abwasser nach Bundesländern*

- Strom, Gas und Wärme in Mio. kWh**
- Strom und Gas: ausschließlich Netzmengen
- Wasser und Abwasser in Mio. m³



Im Endkundensegment haben die VKU-Mitgliedsunternehmen signifikante Marktanteile in zentralen Ver- und Entsorgungsbereichen

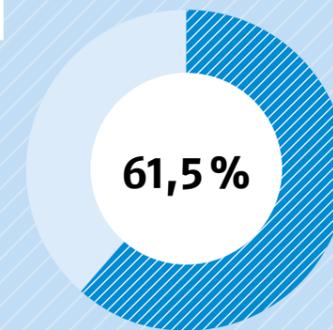
Wärme



**VKU insgesamt: 61.133
National insg.: 82.936**

Quelle: AGFW, Stand 2018

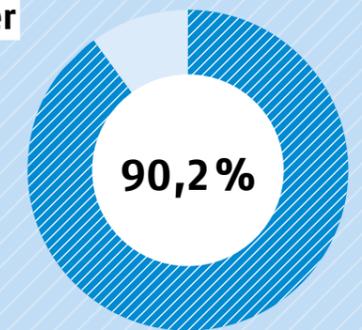
Strom



**VKU insgesamt: 273.595
National insg.: 445.188**

Quelle: Stat.Bundesamt, Stand 2018

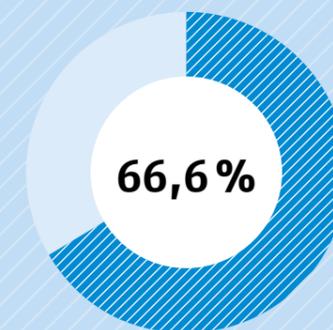
Wasser



**VKU insgesamt: 4.170
National insg.: 4.622**

Quelle: Stat.Bundesamt, Stand 2016

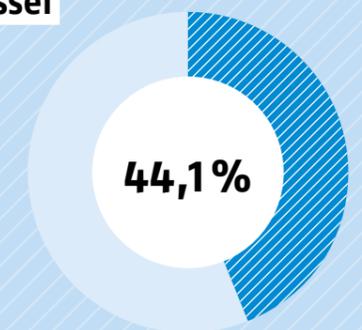
Gas



**VKU insgesamt: 619.490
National insg.: 929.995**

Quelle: Stat.Bundesamt, Stand 2018

Abwasser



**VKU insgesamt: 3.205
National insg.: 7.275**

Quelle: Stat.Bundesamt, Stand 2016, eigene Berechnungen

Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Invalidenstraße 91
 10115 Berlin
 Fon +49 30 58580-0
 Fax +49 30 58580-100
 info@vku.de
 www.vku.de

Gestaltung und Produktion

VKU Verlag GmbH
 Invalidenstraße 91
 10115 Berlin
 Fon +49 30 58580-850
 Fax +49 30 58580-6850
 info@vku-verlag.de
 www.vku-verlag.de

Bildnachweis:

plainpicture/Ulrich Mertens (S. 7), plainpicture/Westend61/Harald Walker (S. 9), DEEPOL by plainpicture (S. 10 oben, S. 28, S. 31), istockphoto.com/SWP Images (S. 10), DEEPOL by plainpicture/Martin Siepmann (S. 11), plainpicture/Mischa Keijser (S. 12/13, S. 26/27), DEEPOL by plainpicture/Hans Berggren (S. 13), plainpicture/Mölleken (S. 14), Mainova AG (S. 14/15), stock.adobe.com/Werner Dieterich/Westend61 (S. 17), Stadtwerke Osnabrück/Oliver Pracht (S. 18 links), stock.adobe.com/Patrick Daxenbichler (S. 18 rechts), DEEPOL by plainpicture/Agnieszka Olek (S. 21), DEEPOL by plainpicture/Monty Rakusen (S. 23), plainpicture/Nic Fey (S. 24 links), DEEPOL by plainpicture/Julia Otto (S. 24 rechts), stock.adobe.com/Countrypixel (S. 27), istockphoto.com/ChiccoDodiFC (S. 30 links), DEEPOL by plainpicture/Josep Suria (S. 30 rechts), DEEPOL by plainpicture/Kentaroo Tryman (S. 32 oben), DEEPOL by plainpicture/Andreas Kindler (S. 32 unten), AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH (S. 33), plainpicture/Elektrons 08 (S. 35), DEEPOL by plainpicture/Joseffson (S. 37 oben), plainpicture/Paolo (S. 37 unten links), plainpicture/Jens Nieth (S. 37 unten rechts), DEEPOL by plainpicture/Marc Romanelli (S. 38), istockphoto.com/FG Trade (S. 39), plainpicture/Hayden Verry (S. 40), plainpicture/neuebildanstalt/Schoplick (S. 40/41), plainpicture/Stephen Shepherd (S. 41), DEEPOL by plainpicture/Viara Mileva (S. 42 oben), AWM Münster (S. 42 unten), plainpicture/photocake.de (S. 44/45), DEEPOL by plainpicture/Uwe Umstätter (S. 45)

Unser herzlicher Dank gilt allen, die uns bei der Erstellung dieser Publikation unterstützt haben.

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU), März 2021



